Nummer 39 — Hannover, 27. September 1930 — 39. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Betrachtungen zur Reichstagswahl, oder „Das ist der Unverstand der Massen . .".

Wir können gleich die nächste Zeile anschließen: „den nur des Geistes Schwert durchbricht." Das soll unter anderem die nächste Aufgabe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei sein: die von der äußersten Linken und äußersten Rechten durch Demagogie, Verhetzung, Lügen, Verleumdung und mit Mordwaffen aufgepeitschten politisch Indifferenten zur Vernunft zurückzuführen, sie politisch klar sehen zu lehren, sie zu Marxisten zu erziehen. Von 34 Millionen Menschen haben 11 Millionen, also der dritte Teil, für Diktatur, für ihre eigene Rechtlosigkeit, gestimmt, für Versklavung, wie sie in Rußland und Italien besteht. Wenn wir vom Unverstand der Massen reden, so trifft diese Bezeichnung für den allergrößten Teil der kommunistischen und nationalsozialistischen Wähler zu, soweit sie aus Arbeitnehmerkreisen kommen. Die Nationalsozialisten haben aber eine Gruppe von Wählern, die aus dem Lager der bürgerlichen Parteien kommt, aus Intellektuellenkreisen. Diese erhoffen die Wiederherbeiführung der „herrlichen Zeiten", wie unter Wilhelm dem Holländer. Sie glauben, die Aufstiegsmöglichkeiten vom Leutnant bis zum General werden unter Hitler wiederkommen, sie erhoffen die Anwartschaft auf alle Posten in den Kommunen, in den Einzelstaaten und im Reich. Deshalb für Hitler gegen den Marxismus, deshalb Mord und Totschlag.

„Gegen den Marxismus", das war ja das Feldgeschrei aller Philister, aller bürgerlichen Parteien, allen voran die Nationalsozialisten. National-Sozialismus! Was heißt Sozialismus? Nichts anderes als Marxismus. Der Sozialismus ist aus dem marxistischen Gedankengebäude herausgewachsen. Ohne Marxismus kein klarer, kein wissenschaftlicher Sozialismus. Und nun bestaune man den Witz: Die National-„Sozialisten" bekämpfen den Marxismus, woraus sich die niedrige Demagogie dieser Partei ergibt. Sie nennen sich Sozialisten, um Unwissende zu fangen und nun mit deren Hilfe den Sozialismus zu bekämpfen.

Daß die bürgerlichen Parteien bzw. die Unternehmer den Marxismus bekämpfen, daß sie eine Anzahl von Professoren gegen gute Bezahlung zum Kampfe gegen den Marxismus vorschicken, kann man verstehen. Aber daß Arbeitnehmer gegen sich selbst, d. h. gegen ihre eigenen Interessen kämpfen, das zeigt den fürchterlichen Unverstand dieser Massen.

Die Unternehmer erhoffen Erlösung vom Klassenkampf wie in Italien. Deshalb waren sie ja auch finanziell in die Fememordangelegenheiten verstrickt. Aber sie sollen sich gesagt sein lassen: Deutschland ist nicht gleich Italien. In Deutschland wird, wenn wir vom Wege der logischen Entwicklung abgedrängt werden, die nächste Revolution eine soziale, keine politische Revolution sein, auch wenn die Nationalsozialisten den Auftakt geben. Die soziale Revolution bedeutet in Deutschland das Ende des Kapitalismus. Wird die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung gewaltsam unterbrochen, kann sie also nicht auf dem Wege über die politische Demokratie bis zur letzten Auswirkung weiterlaufen, so werden wir die Schrecken des Bürgerkrieges erleben mit allen seinen Nachwirkungen. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft werden schweren Erschütterungen unterliegen.

Die marxistisch geschulte Arbeiterschaft, Sozialdemokratie, freie Gewerkschaften, wollen der Arbeitnehmerschaft und dem deutschen Volke diese Schläge ersparen. Wenn die Gegner wollen, kommen wir ohne diese Schrecken an das Ziel, das Sozialismus heißt, heran, aber wir müssen dahin.

Soll der Verlauf der Entwicklung bis an dieses Ziel sich in verhältnismäßig geordneten Bahnen vollziehen, so muß die eigentliche und einzige Arbeiterpartei, die Vertretung des wirklich intellekten Teiles der deutschen Arbeiterschaft, die Sozialdemokratische Partei, in allen innen- und außenpolitischen Fragen, in allen wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen, überhaupt in allen Fragen, die das Wohl und Wehe des deutschen Volkes betreffen, maßgebend mitbeteiligt sein. Sie muß im Reich und in den Staaten mit am Steuer stehen. Wer sie davon ausschließt, ist der blutigste Putschist, wenn auch wider Willen.

Kampf gegen den Marxismus heißt Kampf gegen die ehernen Gesetze der Entwicklung, heißt Kampf der Borniertheit gegen Klarheit und Wissenschaft. Man soll Marx dankbar sein dafür, daß er für eine lange Wegstrecke das Gelände aufgeklärt und freien Blick gegeben hat. Der marxistisch geschulte Mensch überschaut die politische, wirtschaftliche und soziale Welt wie aus der Vogelschau, der nicht marxistische Geist kann dieses Gebiet nur aus der Perspektive des Maulwurfes sehen.

Die Reichstagswahlen 1930 sind ein Signal für alle denkfähigen, Verantwortung fühlenden und aufrichtigen Menschen. Sie sind eine Warnung vor großen Gefahren. Besonders sollte diese Wahl für unsere Lehrer, Professoren und Richter belehrend sein. Ihnen verdanken wir in starkem Maße das unerfreuliche Ergebnis der Wahl. Soll nicht noch mehr kostbares seelisches Gut im deutschen Volke zerschlagen werden, dann ist Abkehr vom seitherigen Geist notwendig. Aber es ist höchste Zeit.

Was wird auf rein politischem Gebiete zunächst werden? Brüning hatte schon vorher keine Mehrheit und jetzt erst recht nicht. Das Zentrum darf sich nicht einbilden, es habe die geborenen Führer. Die Folgen der Notverordnung und der Reichstagsauflösung könnten das Gegenteil besagen. Zunächst ist wieder die Sozialdemokratie die stärkste Partei des Reichstages. Sie hätte laut Verfassung die Vorhand bei der Regierungsbildung. Oder will das Zentrum auch jetzt noch Bedingungen stellen? Eigensinn ist kein politischer Sinn. Weshalb soll man annehmen, daß unter 63 Millionen Deutschen Brüning allein weiß, was dem deutschen Volke frommt? Hoffentlich sind die Rechtsparteien jetzt durch Erfahrung klug geworden.

Es gibt keinen andern Ausweg

aus der furchtbaren Krise als den Sozialismus. Nur der Sozialismus kann das drohende Unglück von der deutschen Arbeiterschaft abwenden, das sich jetzt mehr denn je bemerkbar macht. Für die Überwindung der Wirtschaftskrise, für die Behebung der Arbeitslosigkeit, für eine gesicherte, auskömmliche Existenz der Arbeiterschaft, für Ruhe und Frieden im Staate und in der Welt gibt es keinen anderen Ausweg

als den Sozialismus.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist unfähig, das von ihr heraufbeschworene Elend zu bannen, der Kapitalismus führt die Arbeiterschaft nur immer tiefer in Not und Entbehrung hinein. Willst du mithelfen, die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung durch die sozialistische zu ersetzen, in der alle Arbeitenden frei und glücklich sind, in der kein Schaffender Hunger leiden wird, in der es keine Ausbeutung deiner Arbeitskraft mehr geben wird, dann

stärke die freien Gewerkschaften!

Wirb für deinen Verband!

Der Verbandstag des schwedischen Grob- u. Fabrikarbeiter-Verbandes.

In der Internationalen Gewerkschaftsbewegung und auch in der Internationale der Fabrikarbeiter haben die skandinavischen Länder, darunter auch Schweden, eine hoch geachtete Stellung. Seit Jahrzehnten besitzen sie eine vorbildliche Gewerkschaftsorganisation, auf die auch andere Länder mit Anerkennung und Stolz blicken. Die Verbände, auch die der Fabrikarbeiter, angeschlossen unserer Internationale, sind nicht nur achtunggebietend an Mitgliederzahl, auch ihr Einfluß auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage und die kulturelle Stellung ist hervorragend gewesen. Schweden hat bei 6 100 000 Einwohnern 520 000 Gewerkschaftsmitglieder. Ihre Stärke liegt begründet in ihrer Geschlossenheit, da es nationale, religiöse oder politische Zersplitterung nicht gibt.

Unsere Bruderorganisation, der schwedische Grob- und Fabrikarbeiter-Verband, zu dessen 15. Kongreß wir eingeladen und nach Stockholm gereist waren, umfaßt wie unser Verband die Porzellan- und Glasarbeiter, daneben auch ungelernte Bauarbeiter. Er zählt jetzt 57 304 Mitglieder, darunter 7105 weibliche. Für die Papierindustrie besteht ein gesonderter Verband mit 32 328 Mitgliedern. Der Verbandstag war eine recht zahlreiche und stattliche Versammlung. 292 Vertreter aus dem Reich, 19 Vorstandsmitglieder, Sekretäre und Revisoren sind anwesend. Darunter befinden sich fünf Frauen, wie bei uns eine verhältnismäßig schwache Vertretung. 28 Gäste, davon 23 Ausländer, waren als Vertreter befreundeter Organisationen erschienen. Diese große Zahl erklärt sich daraus, daß der Internationale Glasarbeiter-Kongreß einige Tage vorher am gleichen Ort stattfand. 12 Begrüßungsansprachen wurden gehalten; in ihnen kamen neben dem Dank für Einladung und Gastfreundschaft die nationale und internationale Verbundenheit zum Ausdruck.

Der Nutzen der Teilnahme an einem solchen ausländischen Kongreß leidet natürlich ungemein unter dem Mangel an Sprachkenntnissen, obwohl es sich um eine verwandte Sprache handelt. Die Möglichkeit, in der fremden Sprache Geschriebenes zu lesen, ist leichter gegeben. Der Mangel wurde zu einem erfreulich großen Teil beseitigt durch Hilfe einiger Kollegen und Genossen, die die deutsche Sprache beherrschten. Unwillkürlich denkt man an die Möglichkeiten einer Rußlandelegation und an die Schwierigkeiten, sich in diesem Lande mit noch viel fremderer Sprache zu verständigen.

Auch Schweden leidet unter der Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften haben 10,6 Prozent Arbeitslose, unsere Bruderorganisation sogar 21,9 Prozent. Die Zahl war 1926 noch höher, da betrug sie 24 Prozent. Die Ursache der höheren Zahlen liegt in der hohen Mitgliederzahl in Saisonberufen, z. B. Bauhilfsarbeitern, Zucker- und Düngerfabrikarbeitern. Schweden hat keine staatliche Arbeitslosenunterstützung, unser Verband hat auch keine Verbandsarbeitslosenunterstützung. In den Berichten und Debatten nimmt die Krise und ihre Folgen einen großen Platz ein.

Auch Notwohnungen, zum Teil herrührend aus Baracken für Internierte des Weltkrieges, sind heute noch zu sehen, allerdings in durchweg besserer, soliderer Ausführung, als sie annähernd doppelt so hoch wie bei uns. Ein erfreulich großer Teil der Arbeiterschaft wohnt in den Vororten in eigenen Häuschen, die man als durchaus einwandfrei, ja gut bezeichnen kann.

Unser Bruderverband hat eine recht gesunde finanzielle Grundlage. Die Einnahme betrug 1929 1 871 000 Kronen (1,12 Mk.), die Ausgabe 1 368 000 Kronen, das Vermögen 4 458 000 Kronen, pro Kopf 77,79 Kronen. Für Unterstützungen, fast ausschließlich für Streiks und Aussperrungen (Arbeitslosen- und Krankenunterstützung gibt es nicht), sind 866 000 Kronen ausgegeben worden. Der Erfolg der Arbeitskämpfe drückt sich aus durch den Abschluß von Tarifverträgen. 579 Verträge sind abgeschlossen, die 55 000 Mitglieder erfassen. Der geringe Rest von 2500 Mitgliedern, das sind 4,5 Prozent, arbeiten in tariflich nicht erfaßten Betrieben. In den letzten fünf Jahren ist es gelungen, fast fünf Millionen Kronen Lohnerhöhungen zu erreichen. Seit 1913 war es möglich, den Reallohn um 37 Prozent zu erhöhen. Soweit man beobachten kann, ist die Lebenshaltung der schwedischen Arbeiter etwas besser als die der deutschen Arbeiter. Wiederholt wird versichert, daß der Besitz von Motorbooten und Autos nicht zu den Seltenheiten gehört.

Die Löhne sind recht verschieden in ihrer Höhe. Gutbezahlte Spezialarbeiter des Baugewerbes haben nicht selten pro Stunde fünf Kronen, in besonderen Ausnahmefällen sogar das Doppelte. Die Tariflöhne sind viel niedriger. Unsere Verbandskollegen verdienen in der

	männlich Ör	weiblich Ör
Zündholzindustrie	73— 76	47—49
Gummiindustrie	91—115	58—65
Chemieindustrie	90—130	55—65
Ziegelindustrie	75— 90	
Kalkindustrie	70— 80	
Zementindustrie	75— 90	
Zuckerindustrie	92—115	61—76
Kunstdüngerindustrie	80—113	

In allen Industrien ist Akkordarbeit zulässig; die Verdienste steigen dann um 25 bis 100 Prozent.

Der Verbandsbeitrag ist einheitlich und beträgt für Männer eine Krone (100 Ör), für Frauen 50 Ör.

Der Kongreß wird im städtischen Konzerthaus, wo auch der Gewerkschaftskongreß tagte, abgehalten. Das ist ein noch neues modernes Gebäude mit größeren und kleineren Sälen und Nebenräumen, nur für Vorträge und Konzerte eingerichtet. Die Akustik ist prächtig. Von allen Plätzen kann man gut hören und sehen. Die Pulte werden zur Abhaltung von Versammlungen besonders eingeschraubt; sie sind zum Schreiben unbequem. Es ergeben sich dann lange schmale Sitzreihen, sie erschweren das ungezwungene Sitzen und viele Laufen während der Tagung. Da die Fußböden mit Teppichen ausgelegt sind, wird die Ruhestörung auf ein geringes Maß herabgedrückt. Meistens sind die Vertreter ruhig und aufmerksam bei der Sache und folgen den Verhandlungen und vielen Abstimmungen. Im Saal und in allen Nebenräumen herrscht Rauchverbot. Nur im Restaurationssaal ist das Rauchen gestattet. In den Sälen wird nichts serviert. Spiritousen gibt es gar nicht. Bier wird wenig genossen.

Die Glocke oder Klingel der Versammlungsleitung kennt man in Schweden nicht. Der Präsident schwingt einen Holzhammer. Namensaufruf, eine Feststellung, Abstimmung, ein angenommener Antrag, der Beginn und das Ende der Tagung oder eine Pause werden durch Hammerschlag bekräftigt. Zur Schaffung von Ruhe wurde der Hammer nicht benötigt: die war ohnedies mustergültig vorhanden. Wie ein Sprechchor erfolgt auf die Frage des Präsidenten die Antwort Ja oder Nein, nur selten unterbrochen durch Widerspruch bei einer Angelegenheit, wo die Meinung geteilt ist, oder bei einer zweifelhaft gebliebenen Abstimmung, wo dann durch Handheben entschieden wird. Vorträge oder stundenlange Berichte gab es nicht. Nur über das erste Halbjahr 1930 wird etwas eingehender berichtet, weil der gedruckte Bericht noch nicht vorlag. Nach kurzer Einleitung setzt die ausgedehnte Aussprache ein. Die meisten Redner sprechen kurz, viele sind aber öfters auf der Rednertribüne. Auch oppositionelle Kritik auf kommunistischer Grundlage ist zu hören. Der Oppositionsführer ist in den ersten Tagen ein halbes dutzendmal auf der Bühne. Viele Anträge auf Schluß der Debatte werden abgelehnt, dafür die Redezeit auf fünf Minuten für alle Redner festgelegt. Das gilt auch trotz Protest für Vorstandsvertreter, denen aber von Fall zu Fall eine längere Redezeit bewilligt wird. Beifall ist etwas Seltenes, nur dreimal habe ich solchen während der langen Aussprache vernommen. Einmal, als der Oppositionsführer schweres Geschütz auffahren ließ, ertönte Beifall bei der Opposition, die beiden anderen Male hatte der Vorsitzende Jönsen eine seiner humorvollen Redewendungen gebraucht und allgemeine Heiterkeit und Beifall ausgelöst.

Von den Beschlüssen können nur einige hervorgehoben werden. Die wichtigsten waren:

1. Dem Vorstand wurde Entlastung ausgesprochen.
2. Der norwegischen Bruderorganisation werden 50 000 Kronen, herrührend aus Streikdarlehen, erlassen.
3. Am Grabe des bekannten Sozialistenführers Branting wird ein Kranz niedergelegt.
4. Die Anträge auf Umstellung des Verbandes zur Industrieorganisation werden abgelehnt. Zuckerarbeiter und Gummiarbeiter sollen im Verband bleiben. Den Bauhilfsarbeitern wird freigestellt, darüber abzustimmen, ob sie zum Baugewerbe wollen.
5. Unterstützung soll künftig schon nach drei Monaten, jetzt erst nach sechs, gezahlt werden.
6. Ein Streikbeschluß kann schon mit einfacher Mehrheit, jetzt mit Dreiviertelmehrheit, gefaßt werden.
7. Die Anträge zur Einführung einer Arbeitslosenkasse wurden abgelehnt. Der Vorstand soll weitere Untersuchungen anstellen und berichten.
8. Der langjährige Vorsitzende der Organisation, Janne Jönsson, hat das 70. Lebensjahr fast erreicht. Er wurde pensioniert. Als Vorsitzender wurde der Sekretär C. J. Söder und an seine Stelle Carl F. Lindahl gewählt. Die übrigen Funktionäre wurden wiedergewählt.

Drängende Verbandsgeschäfte und die Reichstagswahlen zwangen uns leider zur vorzeitigen Abreise. Wir wünschen den schwedischen Kollegen auch weiterhin herzlich Glück und Erfolg.

Der Zollabbau — eine europäische und soziale Forderung.

I.

Immer mehr rückt in der öffentlichen Diskussion der Gedanke der wirtschaftlichen Solidarität der europäischen Völker in den Vordergrund. Immer weitere Kreise einsichtiger Wirtschaftsführer und Männer der ökonomischen Wissenschaft erkennen und warnen vor den katastrophalen Folgen der über Europa gehenden Schutzzollwellen. Prof. Dr. Harms äußert: „Ein weltwirtschaftlicher Interessenausgleich, der nicht bei Oberflächenwirkungen sein Bewenden haben soll, ist undenkbar ohne eine durchgreifende Umgestaltung der Zollpolitik.“ Professor Löwe stellt fest: „Schutzzollpolitik schützt nicht mehr Produktion und Arbeitsplatz, sondern führt zu Fehlanlagen und erhöht die Kartellrente (Monopolrente).“ Auf der Tagung des „Vereins für Sozialpolitik“ im Jahre 1924 wurde in einer Resolution bekundet, daß die Überwindung der deutschen Wirtschaftskrise sowie der Weltwirtschaftskrise — an den Abbau der Zollmauern gebunden sei. Keiner der Zustimmenden hat bis heute seine Auffassung geändert, was als Beweis dafür gelten darf, daß sich die Situation nicht geändert hat. Noch Stresemann sprach aus: „... muß man sich auch darüber klar sein, daß wir in unserer Enge keine deutsche Wirtschaftsautarkie treiben können, sondern daß wir die großen Weltzusammenhänge aussprechen und betonen müssen.“ Diese kleine Auswahl mag genügen, um zu verdeutlichen, wohin der Weg in Zukunft gehen müßte: zu planwirtschaftlichen Regelungen innerhalb Europas und — soweit gegenwärtig noch nicht möglich — Zollfrieden, Zollabbau oder doch mindestens eine Nationalisierung der Zölle. Denn feststeht, daß sonst Kontinentaleuropa in der Treibhausluft des Protektionismus (Hochschutzzoll) erstickt. Es muß sich von den Handelshemmnissen aller Art befreien, soll nicht die europäische Wirtschaft in Katastrophen und Ausweglosigkeit enden.

Besonders deutlich wird der Zollirrsinn an dem Zoll auf Roggen, Weizen und Futtergerste in Deutschland. Die chronologische Entwicklung ist folgende:

	(Pro Doppelzentner) Roggen Mk.	Weizen Mk.	Braugerste Mk.	Futtergerste Mk.
Vorkriegssatz	7,—	7,50	7,—	1,30
Übergangszoll vom 17. 8. 1925	3,—	3,50	3,—	2,—
Übergangszoll vom 10. 7. 1926	5,—	5,—	5,—	2,—
Vertragszoll vom 10. 7. 1927	6,—	6,50	5,—	2,—
Autonomer Zolltarif	7,—	7,50	7,—	2,—
Höchstzoll n. Zollgesetz v. Dez. 1929	9,—	9,50	9,—	5,—
Jetzt geplanter Zoll	12,—	12,—	10,—	10,—

Trotz dieser rapiden Zollentwicklung geht es der Landwirtschaft nicht besser — eher schlechter. Die „Grüne Front“ weiß aber kein besseres Mittel, als die Forderung nach Erhöhung der Zollsätze um das Doppelte. Der Irrsinn dieser Zollerhöhung wird ganz deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Schutzzollmaßnahmen vorgenommen wurden der Roggenproduktion wegen, deren Jahresproduktion 1 Milliarde Mark beträgt. Um den Roggenproduzenten höhere Erlöse zu sichern, steigert man auch die Zölle auf Futtermittel, insbesondere auf Gerste. Dadurch verteuert man die Rohstoffe für die Tierzucht und ihre Edelprodukte — deren Jahresprodukt das Achtfache der Roggenproduktion beträgt. Die jährliche Produktion der intensiven Landwirtschaft beträgt 1928:

Fleisch	4550 Millionen Mark
Milch und Milchprodukte	3200 Millionen Mark
Eier	550 Millionen Mark
Summa	8300 Millionen Mark.

Wegen eines Wirtschaftszweiges mit einer Milliarde Jahresproduktion (Roggen) werden also die Produkte eines anderen Wirtschaftszweiges mit 8,3 Milliarden Jahresproduktion unerhört verteuert. Weiter: Diese verteuerte Produktion hat zur Folge, daß die Edelprodukte der deutschen Landwirtschaft mit den niedrigeren ausländischen Preisen nicht konkurrieren können und eine erhebliche Einfuhr stattfindet. So wurden in Deutschland 1928 eingeführt:

Fleisch für	166 Millionen Mark
Milch und Milchprodukte für	553 Millionen Mark
Eier für	294 Millionen Mark
Summa	1013 Millionen Mark.

Ergebnis: allein die Einfuhr von Edelprodukten kostet mehr, als der Wert der gesamten deutschen Roggenernte beträgt. Diese Einfuhr würde sich vermindern, wenn die Futtermittel billiger würden durch Zollherabsetzungen und so auch die Edelprodukte im Preis herabgesetzt werden könnten. Es wird im Interesse eines vielleicht unrentablen Zweiges der Landwirtschaft ein aussichtsreicher mit einer Jahresproduktion von 8,3 Milliarden Mark an der Entfaltung gehindert. Schiele setzt in einer Rede, vom Standpunkt des Ostelbien-Egoismus aus, als das Ziel der deutschen Handelspolitik: „Sicheren Boden hat ein Volk erst unter seinen Füßen, wenn es im wesentlichen sich selbst ernähren und erhalten kann ... Ausgeglichenheit unserer Wirtschaft im eigenen Lande muß das Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein.“ Sein handelspolitisches Ziel ist also das der Isolierung.

Schutzzoll verhindert die Rationalisierung und Intensivierung der Landwirtschaft. Da jede Notlage der Landwirtschaft durch Reichstag und Regierung durch Zollerhöhung und Kredite beseitigt wird, fehlt den Landwirten der Anreiz und die Veranlassung, an die Umgestaltung der Produktion heranzugehen. Wozu rationelles Arbeiten, wenn Zollerhöhung unrationelles Arbeiten belohnt? Bei hohen Zollmauern besteht immer die Gefahr, daß die von ihr begünstigten Industrien hinter diesen Zollmauern ausruhen, und für sie keine zwingende Notwendigkeit mehr besteht, die Betriebe zu rationalisieren und zu modernisieren.

II.

Wir erleben in Europa augenblicklich ein wirtschaftliches Wettrüsten, das zu Verstimmungen aller Staaten gegen alle führt. Und dies, obgleich die Erkenntnis sich immer mehr Bahn bricht, daß Europa nicht nur an den direkten Folgen des Krieges krankt, sondern vielmehr an den Folgen des Überprotektionismus und des wirtschaftlichen Nationalismus. Man ist ferner überzeugt, daß der politischen Annäherung und Verständigung (Locarno), die wirtschaftliche folgen muß, um unnötige Konfliktstoffe auszuscheiden. Daß davon vorläufig in keiner Weise die Rede sein kann, beweist die Tatsache, daß im letzten Jahre von 26 europäischen Staaten 13 recht beträchtliche Zollerhöhungen vorgenommen und nur 13 ihre Zollpositionen nicht erhöht haben.

Es ist offensichtlich, daß eine autarke (selbstgenügende. Die Red.) Wirtschaft einzelner Länder bornierte Utopie ist — denn bei den weltwirtschaftlichen Verflechtungen muß die Notlage einzelner Staaten Rückwirkungen ausüben auf andere Länder: Absatz, Kreditmarkt, Arbeitsmarkt, Lebenshaltung, Produktionsumfang. Weiter: Die territoriale Gliederung Europas in kleine Länder, erschwert durch eine Fülle unvernünftiger nationalistischer Maßnahmen, hat zur Folge eine geringere Konkurrenzfähigkeit, weil infolge eines nicht genügend großen Marktes die Methode der Massenproduktion nicht angewandt werden kann (hier liegt eine der Ursachen und großen Vorteile des „amerikanischen Wirtschaftswunders“). Die Überlegenheit einer großen ökonomischen Einheit über eine Anhäufung von mehreren Einheiten, von denen einige groß, der größte Teil aber klein und sogar unbedeutend ist, ist jedem Einsichtigen zur Gewißheit geworden. Europas wichtigster Markt muß Europa selbst sein, um die europäische Kaufkraft zu entwickeln, eine Arbeitsteilung herbeizuführen, die an dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit orientiert ist sowie den europäischen Produktionsmittelapparat rentabler zu gestalten. Man bedenke, daß die Politik der Isolierung durch Hochschutzzoll immer von Verbrauchseinschränkung begleitet gewesen ist.

> **Kapitalismus und Menschheit.**
>
> **„Ein Kapitalismus, der zu vergessen droht, daß er aller Menschen wegen da ist, verliert seine Daseinsberechtigung. Ein Kapitalismus, dessen Träger nicht immer wieder ihre Aufgaben dahin auffassen, daß Armut und wirtschaftliche Not heilbare Krankheiten sind, wird auf die Dauer unerträglich und muß zu schweren allgemeinen Zerrüttungen führen.“**
>
> „Kölnische Zeitung“ vom 24. August 1930.

Zugegeben, daß diese Politik des Opfers vor Jahrzehnten notwendig und natürlich gewesen ist, um einer Gefahrensituation zu entgehen, der Gefahr, daß ein Land mit unentwickelter Industrie durch ein Land mit entwickelten Wirtschafts- und Industriekräften niederkonkurriert wird, so dürfte doch heute die Zeit des „Schutzes der nationalen Arbeit vorbei sein, da die Industrie längst entfaltet und entwickelt ist.

Ein anderes spricht gegen die heute übliche Zollpolitik. Alle Staaten bemühen sich, die Härten des Konjunkturablaufes zu mildern, aber kein Staat unternimmt etwas, um die Widerstände, die aus übertriebenen und übersteigerten Schutzzöllen einer erfolgreichen Konjunkturpolitik erwachsen, durch vernünftigen Zollabbau zu beseitigen. Zölle verringern die Produktion, da sie dem Güteraustausch entgegenarbeiten, sie führen zur Einengung der Produktionsgüterindustrie, zur Stillegung. Rettet der Zoll tatsächlich einen rückständigen Betrieb in einem Industriezweig, so heißt es, damit sei die Arbeitslosigkeit bekämpft. Ein solches Denken und Argumentieren ist unwirtschaftlich, da es erstens die Bequemlichkeit stützt und zweitens die Produkte verteuert und so zugleich die Reallöhne senkt. Ebenso wie die Agrarzölle, verteuern die Industriezölle dem Volk seine dringendsten Lebensbedürfnisse. Textilzölle verteuern die Kleidung, Zölle auf Eisen- und Stahlwaren verteuern alle Produkte, weil sie die Produktionsmittel treffen. Zölle, die den Schiffbau oder die Eisenbahn treffen, verteuern alle Waren, die transportiert werden müssen, also nicht am Konsumtionsort produziert werden. Es ist überhaupt kein Zoll denkbar, der nicht ganz erheblich die Lebensführung der arbeitenden Schichten berührt, mit Ausnahme der Zölle auf Luxuswaren. Das beste Mittel zur innenpolitischen Entspannung ist sicher die Hebung des Massenwohlstandes durch vermehrte Arbeit (nicht Arbeitszeitverlängerung, sondern Entlastung des Arbeitsmarktes) und höhere Reallöhne. Dieses Ziel ist nur erreichbar durch Vergrößerung des Sozialproduktes und Erweiterung des Absatzmarktes. Das größte Hemmnis aber sind die Zölle und andere Handelshemmnisse. Die Abschaffung der Zölle kann zwar die Welt nicht reicher machen, wohl aber künstlich verursachte Armut beseitigen. Die Zölle bereichern einige Unternehmungen und Landbesitzer auf Kosten der großen Mehrheit des Volkes.

Wir glauben, daß der großen sozialen Not in Europa nicht durch ein Herumkurieren an einigen Symptomen abgeholfen werden kann, daß vielmehr letzten Endes alle wirtschaftlichen und sozialen Verzerrungen ihre Grundlage im kapitalistischen System haben. Wohl aber ist es möglich, Milderungen zu erreichen und auch Fortschritte im Sinne der Arbeiterklasse, wenn erkannt wird, daß die wirtschaftliche Abrüstung mindestens so wichtig ist wie die militärische. Das soziale Elend in Europa ist groß. Millionen Arbeiter vegetieren. Diese Verzweifelten werfen sich radikalen Strömungen und Bewegungen sowie politischen Abenteurern à la Hitler in die Arme. Sie bilden das Material für jede Art von Putsch.

Neben den Zöllen gibt es noch eine ganze Reihe von Handelshemmnissen: Ausfuhrprämien, Einfuhrscheine, Eisenbahntarifpolitik (indirekte Drosselung der Einfuhr durch niedrige Tarife für bestimmte einheimische Industrien), Subventionen usw.

Die sechs Konferenzen, die seit 1927 stattgefunden haben, um eine internationale Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote zu erreichen, haben keinen Erfolg gehabt. Die „Genfer Zollfriedenskonferenz“ hat ihr Ziel nicht erreicht, sie erreichte weder einen Abbau der Zölle noch einen eindeutigen Zollwaffenstillstand. Alles, was erreicht wurde, ist eine verklausulierte Zollbegrenzung, im Sinne der Stabilisierung der bestehenden Zölle an dem Punkt, an dem sie sich befinden. Dieser Waffenstillstand ist nur für ein Jahr geschlossen. Im übrigen ist es kein regulärer Waffenstillstand, denn das Abkommen erschwert und verzögert lediglich das Verfahren einer Zollerhöhung, ohne sie letzten Endes verhindern zu können. Man erhofft aber um so mehr von der moralischen Wirkung des Abkommens (!). Hoffentlich wird dieser kurzbefristete, reichlich vorsichtige Waffenstillstand von den Staatsmännern, Wirtschaftsführern, insbesondere aber von den Arbeiterführern genutzt. Es liegt im Interesse Europas, denn der Zollabbau ist und bleibt eine soziale Forderung. Versagt die kapitalistische Welt und ihre Führung, so wird eben die Arbeiterschaft die Führung übernehmen müssen, um Europa vor sozialen Katastrophen zu bewahren.

Otto Jacobsen.

Die deutsche Berufsschule für männliche ungelernte Jugendliche.

I.

Nach § 120 Absatz 3 der Reichsgewerbeordnung können die Gemeinden oder Gemeindeverbände durch Orts- oder Verbandsstatuten bestimmen, daß auch die jugendlichen Arbeiter, die nicht in der Lehre sind, zur Berufsschulpflicht herangezogen werden. Sind sie einmal schulpflichtig, so bleiben sie es auch dann, wenn sie arbeitslos sind.

Von dieser Bestimmung haben in den deutschen Ländern, die keine landesgesetzlich festgelegte Fortbildungsschulpflicht haben, zahlreiche Gemeinden Gebrauch gemacht. Daneben gibt es deutsche Länder, die die Fortbildungsschulpflicht durch Landesgesetz eingeführt haben. Dazu gehören Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Sachsen, Bremen, Hamburg, Lübeck, Mecklenburg, Thüringen. In diesen Ländern stützt sich die Berufsschulpflicht auch der jugendlichen Arbeiter auf Reichsrecht und Landesrecht. Preußen dagegen hat kein Gesetz über die Fortbildungsschulpflicht. Darum müssen sich die preußischen Gemeinden mit dem § 120 der Reichsgewerbeordnung begnügen. Ein Reichsberufsschulgesetz, das durch Artikel 145 der Reichsverfassung von Weimar in Aussicht gestellt worden ist, wird seit Jahren erstrebt, ist aber wegen finanzieller Schwierigkeiten bisher nicht zustande gekommen. Im letzten Reichstage lag ein sozialdemokratischer Initiativ-Antrag vor, der einen ganzen Gesetzentwurf umfaßte. Er ist nicht mehr zur Behandlung gekommen.

Über den Umfang des deutschen Berufsschulwesens kann man sich nur schwer ein Bild machen. Es gibt keine Zentralstelle im Deutschen Reich, die darüber einigermaßen lückenloses Material hätte. Insbesondere gibt es keine Statistiken, mit denen etwas anzufangen wäre. In den kleineren und mittleren Ländern des Deutschen Reiches haben die Ministerien über das Berufsschulwesen eine ziemlich genaue Übersicht. Für den größten deutschen Staat, für Preußen, trifft das leider nicht zu; denn das Berufsschulwesen untersteht hier verschiedenen Ministerien. Der größte Teil ist dem Handelsminister unterstellt, ein weiterer Teil dem Landwirtschaftsminister, wieder ein Teil dem Minister für öffentliche Arbeiten. Vom Fachschulwesen sehe ich ganz ab. Das ist noch zersplitterter und weniger einheitlich. Unter Fachschulen versteht man in den Fachkreisen alle Schulen, die einen täglichen Schulbesuch von längerer Dauer erfordern, mindestens ein Jahr lang, meistens länger. Unter Berufsschulen versteht man die früheren Fortbildungsschulen, die wöchentlich ein paar Stunden von jungen Leuten besucht werden, die sich in der Lehre befinden oder als jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren tätig sind. Vielfach werden zu den Berufsschulen auch diejenigen herangezogen, die noch nicht wirtschaftlich tätig sind.

Doch zurück zu den jugendlichen Arbeitern. Ich will hier nur über die männliche Jugend berichten. Es würde sich allerdings sehr lohnen, auch über die jugendlichen Arbeiterinnen zu sprechen und über ihre Berufsschule; doch das möge gelegentlich später geschehen. Über die männliche Jugend liegt dem Verfasser genaueres Material vor, über die weibliche Jugend bisher nicht. Es ist im Berufsschulwesen wie überall: für die weibliche Jugend ist längst nicht so gut und ausgiebig gesorgt wie für die männliche, und das Mädchenschulwesen hat ja in der Pflege durch die Öffentlichkeit immer hinter dem Knabenschulwesen zurückgestanden. Das trifft auch auf das Berufsschulwesen zu und ganz besonders auf die sogenannten Ungelernten.

Was nun die männlichen jugendlichen Arbeiter anbetrifft, muß zunächst versucht werden, festzustellen, was man darunter versteht. Das scheint ganz einfach zu sein und ist es doch nicht. Wollte man den Unterschied darin sehen, daß die Gelernten unter den Jugendlichen einen Lehrvertrag mit dem Meister abschließen, daß demnach alle, die ohne Lehrvertrag gewerblich tätig sind, als Ungelernte, als Arbeiter schlechthin angesehen werden müssen, so wäre das durchaus verkehrt. Der Abschluß von Lehrverträgen ist nur für das Handwerk ein Zwang. Es gibt mancherlei Zweige gewerblicher Betätigung, die zwar eine Art Handwerk sind, aber nicht dazu gerechnet werden, weil ihre Organisation nicht die Formen hat, die in der Reichsgewerbeordnung für das Handwerk festgelegt sind (Innungen). Wir haben erlebt, daß z. B. jugendliche Mädchen, die in der Damenschneiderei ausgebildet wurden, lange Zeit und heute noch vielfach nicht als Lehrlinge gelten, weil dies Handwerk nicht innungsmäßig organisiert ist. In Großstädten haben sich allerdings Damenschneiderinnen-Innungen gebildet; aber diese Bestrebungen sind noch in der Entwicklung begriffen und nicht überall durchgeführt. Das gleiche gilt für die Wäscheschneiderei, für das Lampenschirmnähen, für das Gewerbe der Köche und der Kellner, für diese oder jene Sparte von Verkehrsarbeitern (in Hamburg die Ewerführer). Diese Beispiele ließen sich noch vermehren und zeigen, daß es umstrittene Grenzgebiete zwischen dem innungsmäßig gebundenen Handwerk und dem freien Gewerbe gibt. Nur für das innungsmäßig gebundene Handwerk gelten die scharfen Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung über das Lehrlingswesen, für die freien Gewerbe nicht. Die Grenzfälle zwischen Gelernten und Ungelernten sind also schon hier recht zahlreich.

Sie werden nun noch viel häufiger in der Industrie. Diese untersteht den Vorschriften der Reichsgewerbeordnung hinsichtlich des Lehrlingswesens nicht. Es ist ihr also völlig freigestellt, ob sie mit den jugendlichen Arbeitern Lehrverträge abschließen will oder nicht. Es ist ihr

Diese Verträge sind entweder mündlich oder schriftlich, haben aber nicht die gleiche Form wie die handwerklichen Lehrverträge; denn für diese sind genaue Formen vorgeschrieben, während die Industrie darin freie Hand hat. Wenn auch vielfach das Vorbild der handwerklichen Lehrverträge von der Industrie nachgeahmt wird, so steckt dahinter doch kein Zwang. Es gibt auch zahlreiche industrielle Betriebe, die darauf verzichten, und die ihre Lehrlinge ohne besondere schriftliche Bedingungen einstellen, sozusagen als jugendliche Arbeiter. Immerhin wird meistens ein Unterschied zwischen dem Industrielehrling und dem jugendlichen Industriearbeiter gemacht, so daß schon daraus die Verwaltungsbehörde und die Zuständige Berufsschule erkennen kann, zu welcher Gruppe sie den Jugendlichen zu rechnen hat, zu den Lehrlingen oder den Ungelernten. Aber auch hier sind, wie man sieht, Unsicherheiten wegen der Grenzfälle.

Die jugendlichen Arbeiter, die nicht als Lehrlinge zu gelten haben, werden zum Teil in der Industrie angelernt und müssen dann Teilverrichtungen an Maschinen vornehmen. Sie bedienen gewisse Maschinen schließlich ganz selbständig. Aus der Tätigkeit eines gelernten Berufes eines Maschinenbauers oder Schlossers sind durch die Spezialisierung des Arbeitsvorganges mit der Zeit eine Reihe von Tätigkeiten abgespalten worden, die man angelernten Arbeitern überträgt: Dreher, Hobler, Bohrer, Fräser, Nieter. Bei derartigen Tätigkeiten ist es umstritten, ob sie als gelernte oder ungelernte Arbeiten gelten sollen. Es gibt industrielle Unternehmungen, die eine oder die andere dieser Arbeiten als gelernte bezeichnen und die jugendlichen Arbeiter dieses Zweiges ins Lehrverhältnis nehmen. Daneben gibt es zahlreiche andere industrielle Unternehmungen, die diese Tätigkeiten den Ungelernten zuweisen und sie anlernen. Man sieht, die Grenzfälle zwischen Ungelernten und Gelernten gehen über den Angelernten und sind in der Industrie besonders zahlreich. Außer der Metallindustrie weist die Holzindustrie und die Textilindustrie zahlreiche solcher Grenzfälle auf. Auch hier ist es darum für die Schulverwaltung nicht immer leicht zu entscheiden, ob die jugendlichen Arbeiter in Lehrlingsklassen oder in die Klassen für ungelernte Arbeiter einzuschulen sind.

Dasselbe gilt vom Baugewerbe, wo die Zahl der Angelernten gegenüber den Gelernten immer mehr zunimmt. Es gilt von der „süßen Industrie" (Schokolade, Bonbons, Keks usw.), wo ebenfalls neuerdings mit der Einführung der Arbeit am laufenden Band und anderer rationeller Arbeitsmethoden die Tätigkeit der Gelernten aufgespalten und in eine Reihe einfacher Sonderverrichtungen zerlegt worden ist.

Der Vollständigkeit halber sei hier übrigens noch erwähnt, daß sich die Grenzen zwischen gelernter und ungelernter Arbeit besonders da verwischen, wo es sich um landwirtschaftliche Betriebe oder um industrielle Betriebe innerhalb der Landwirtschaft handelt. Hier ist es fast hoffnungslos, eine klare Scheidung vorzunehmen.

Ein ganz großes Gebiet sogenannter ungelernter Tätigkeiten ist das des Handels und des Verkehrs. Im Groß- und Kleinhandel (Einzelhandel) ist es durchaus nicht vorgeschrieben, Lehrlinge nach bestimmten Grundsätzen zu halten. Die Bestimmungen über das Lehrlingswesen für den Handel sind im Handelsgesetzbuch für das Deutsche Reich enthalten, sind jedoch viel lockerer als diejenigen für das Handwerk. Zunächst ist es durchaus in das Belieben des einzelnen Kaufmannes oder des kaufmännischen Unternehmens gestellt, ob er mit den Jugendlichen einen Lehrvertrag abschließen will oder nicht. Die Länge der Lehrzeit unterliegt keinerlei regelnden Bestimmungen. Die Handelskammern und die kaufmännischen Arbeitgebervereine haben keinerlei Recht, in dieses Gebiet einzugreifen. Sie müssen sich auf Anregungen und Empfehlungen beschränken. Daher kommt es denn auch, daß heutzutage zahlreiche junge Leute im fortbildungsschulpflichtigen Alter eingestellt werden, ohne daß mit ihnen ein Lehrvertrag vereinbart wird. Ganz allgemein üblich ist das hinsichtlich der weiblichen Jugendlichen, die noch heute größtenteils ohne Lehrvertrag als jugendliche Angestellte eingestellt werden. Hier sorgt allerdings die rechtliche und Verwaltungspraxis dafür, daß genau festgestellt werden kann, ob es sich um Angestellte oder Arbeiter handelt; denn die ersteren unterliegen der Angestelltenversicherung, die letzteren nicht.

Immerhin haben sich aus alter Zeit in einigen Zweigen des Einzelhandels in der Lehrlingshaltung und -ausbildung Zustände erhalten, die handwerklich anmuten und auch so gehandhabt werden. Das trifft besonders zu auf die Krämer, die Eisenkrämer und die Manufakturwaren-(Textil-)Branche. Hier schließt die Lehrzeit auch mit einer Gehilfenprüfung ab, ähnlich wie die Lehrzeit des Handwerks mit einer Gesellenprüfung. Neuerdings haben sich auch die Feinkost- und die Drogistenbranche, ja, in den ersten Anfängen die Fischhandelsbranche diesem Verfahren angeschlossen. Auch die Fleischer haben für ihr Verkaufspersonal etwas Ähnliches eingeführt. Das System ließe sich mühelos auf noch andere Branchen übertragen, wenn eine planmäßige Ausbildung gewährleistet wäre. Das ist allerdings vielfach nicht der Fall.

Ein großes und fast unbestrittenes Gebiet der ungelernten Arbeit ist das Verkehrswesen. Bis auf ganz wenige Ausnahmen ist innerhalb dieses Wirtschaftszweiges das Lehrlingswesen unbekannt. Hier und da sind auch aus alten Zeiten letzte Reste einer zunftartigen Regelung vorhanden. Sie sind aber im Absterben begriffen.

Sehen wir ab von den Grenzfällen, die den Beteiligten mancherlei Schwierigkeiten machen, so setzen sich die ungelernten jugendlichen Arbeiter vorwiegend aus Verkehrsarbeitern und Fabrikarbeitern zusammen. Es lohnt sich, eine Übersicht darüber zu gewinnen, inwieweit für diese jugendlichen Arbeiter durch die Berufsschule eine Bildungs- und Erziehungsmöglichkeit geschaffen worden ist.

Der Verfasser dieses Aufsatzes hat sich bemüht, das nötige Material darüber aus möglichst vielen Orten zusammenzubringen. Eine statistische Übersicht darüber gibt es bisher nirgends, und so mußte das Material durch Fragebogen ermittelt werden, die bereitwilligst von zahlreichen Stadt- und Schulverwaltungen ausgefüllt und zurückgesandt wurden.

Es sei zunächst über die Großstädte berichtet. Ich rechne 49 Großstädte, darunter Danzig. Elberfeld-Barmen ist als eine Stadt gerechnet, dagegen Duisburg und Hamborn jede

Danach ist für die männlichen ungelernten Jugendlichen die Berufsschulpflicht in 48 Großstädten eingeführt. In einer Großstadt, München-Gladbach, werden die Ungelernten nur in einem Stadtteil zur Berufsschulpflicht herangezogen. Die Zahlenreihe ergibt die größte Anzahl jugendlicher Arbeiter in Berlin, rund 16 000. Dann folgen Hamburg und Köln mit 4600, Essen mit 4500. Nun klafft eine erhebliche Lücke. Die nächsten Zahlen halten sich ungefähr um 2000, wenn man nicht Duisburg und Hamborn zusammenzählt, deren Zahl rund 3000 beträgt. Etwas über 2000 haben Breslau, Dortmund, Düsseldorf, Königsberg und Danzig, etwas unter 2000 Leipzig, Dresden, Elberfeld-Barmen, Hindenburg, über 1000 außerdem München, Frankfurt a. M., Chemnitz, Gelsenkirchen-Buer, Stettin, Mannheim, Bochum, Aachen, Mühlheim und Oberhausen. Einige große Städte haben auffallend geringe Zahlen: Nürnberg, Stuttgart, Kiel, Wiesbaden, Münster und Mainz.

Von 45 Städten, deren Einwohnerzahl zwischen 50 000 und 100 000 liegt, haben drei (Rostock, Potsdam, Oldenburg) berichtet, daß sie die jugendlichen Arbeiter nicht zur Berufsschulpflicht heranziehen. Von den restlichen 42 liegen die Angaben vor. In 41 dieser Mittelstädte ist mit Sicherheit die Berufsschulpflicht für jugendliche Arbeiter eingeführt, in einer Stadt, Hildesheim, teilweise. In allen Mittelstädten liegt die Zahl der jugendlichen Arbeiter unter 1000. Eine Reihe von Industriestädten dieser Größenklasse gibt über 500 ungelernte Jugendliche an; das sind mehr als in vielen Großstädten. So stehen z. B. Nürnberg (404 000 Einwohner) und Stuttgart (364 000 Einwohner) weit hinter Recklinghausen (87 000 Einwohner) und Solingen (53 000 Einwohner) zurück.

Außerdem liegen mir Angaben aus 54 Städten mit einer Einwohnerzahl zwischen 20 000 und 50 000 vor. Diese Gruppe ist aber bisher nicht lückenlos erfaßt. Darum mögen sie hier aus der Einzelbetrachtung ausscheiden.

Zahl und Geist.

Die Voraussetzung zum Siege der sozialistischen Bewegung ist nicht die Zahl der Fäuste, sondern die Zahl der klaren Köpfe, der starken Willen. Liefert auf der einen Seite die gesellschaftliche Entwicklung alle Bedingungen und die notwendigen Elemente für den kommenden Sieg des Sozialismus, so ist es auf der anderen Seite Sache aller derjenigen, die in der Bewegung stehen, durch unausgesetzte, zähe und aufopfernde Aufklärungsarbeit die Elemente zu schulen, durch die allein der Sieg ermöglicht und beschleunigt werden kann. Bebel.

Aus den absoluten Zahlen läßt sich jedoch die Bedeutung der ungelernten männlichen Jugend in den einzelnen Orten nicht erkennen. Ich habe darum die Zahl auf je 1000 Einwohner umgerechnet. Danach haben den höchsten Satz Hindenburg und Solingen mit über 15 und 14 auf 1000 Einwohner. Es folgt Oberhausen mit fast 10½. Die nächsten sind Essen, Danzig, Duisburg-Hamborn, Aachen, Recklinghausen, Trier und Sterkrade mit Zahlen, die zwischen 9 und 10 pro 1000 liegen. Sehr niedrig sind die Zahlen für München, Nürnberg, Stuttgart, Münster i. W., Mainz, Würzburg, Regensburg, Pforzheim, Fürth, Flensburg, Ulm und Bamberg, sämtlich um 1 herum, teils darunter, nie aber über 2 pro 1000. Es ist in hohem Grade beachtlich, daß der Anteil der ungelernten Jugendlichen in den Industriestädten, besonders des Westens, am höchsten ist, während die süddeutschen Städte auffallend niedrige Zahlen haben. Zum Teil liegt das allerdings wohl an der andersartigen Zählung. So werden z. B. in Stuttgart, das doch recht viel Industrie hat, die in Fabriken tätigen angelernten Jugendlichen mit den Industrielehrlingen zusammen in derselben Schule und teils sogar in denselben Klassen unterrichtet und darum in den Angaben nicht als Ungelernte oder Angelernte geführt. Ähnliches ist von Nürnberg, Ulm und anderen süddeutschen Städten zu vermuten. Immerhin läßt sich daraus allein die niedrige Verhältniszahl nicht erklären. Alle Städte mit hohen Zahlen sind eben ausgesprochene Industriestädte und liegen, von seltenen Ausnahmen abgesehen, im westdeutschen Industriegebiet. Die dortigen Ungelernten sind also vorwiegend jugendliche Industriearbeiter. Restlos sind sie übrigens auch für die westdeutschen Industriestädte in den Zahlen nicht erfaßt, da vielfach die jugendlichen Berg- und Hüttenarbeiter nicht als Ungelernte oder Angelernte, sondern als Gelernte geführt werden. Das ist in gewissem Grade berechtigt, da der Beruf des Bergarbeiters sehr wohl zu den gelernten Berufen gerechnet werden kann. Es ist andererseits wieder fraglich, weil Jugendliche unter Tage nur zu Hilfsarbeiten, besonders zum Verladen und Transportieren von Kohle und Steinen, verwendet werden, aber nicht oder doch höchst selten als Lehrhäuer.

(Schluß folgt.)

Jugendbewegung.

Freigesinnte Eltern! Wo sind eure Kinder?

Fritz Renner, Amberg (Oberpfalz).

Seit Jahrzehnten haben sich die fortschrittlichen, vernünftigen Arbeiter und Arbeiterinnen in den freien Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei organisiert, um den Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung mit aller Macht und ganzer Kraft führen zu können. Heute kämpfen über fünf Millionen Freiorganisierte in Deutschland diesen Kampf. Dieser Kampf hat an Schwere immer mehr zugenommen. Große Opfer und Schwierigkeiten mußte die Arbeiterbewegung im Laufe der Jahrzehnte ertragen und überwinden, um den heutigen Stand zu erreichen. Noch mehr wird sie zu ertragen und zu überwinden haben, um das gesteckte Endziel zu erreichen. Was aber zu allen Zeiten in diesem Befreiungskampf als das größte Hindernis empfunden wurde, war und ist der Unverstand der Masse. Wenn wir nach der Ursache suchen, weshalb heute noch Arbeiter und Arbeiterinnen indifferent beiseite stehen, ja selbst im Lager ihrer Feinde und Peiniger stehen, so müssen wir immer und immer wieder feststellen, daß es gerade dieser Unverstand der Masse ist, der das Aufdämmern des Klassenbewußtseins hindert. Noch dazu in einer Republik, in der die Arbeitnehmerschaft auf Grund ihrer großen Mehrheit die Mittel zur Verbesserung ihrer Lage in der Hand hat. In Form der politischen Demokratie. Statt dessen wirft man Millionen nach. Man ist sich ob solcher Stumpfheit manchmal im Zweifel, worüber man sich ärgern soll, über die brutale Bourgeoisie oder über die Arbeiter, die sich das gefallen lassen. Um die Gründe dieser traurigen Tatsache zu finden, muß man tiefer schürfen. Betrachten wir die ganze Erziehung, die der Prolet durch die heutige Gesellschaft erfährt, so wird uns vieles klar. Was er in der Schule eingedrillt bekommt, stellt ja fast 100prozentig seine ganze Bildung für das Leben dar, da ihm seine Eltern aus Mangel an eigenem Wissen und aus mangelnder Zeit und Überanstrengung durch den Beruf selbst nichts dazu geben können. Die Geschichte wird zum Beispiel durch die Schule nicht gelehrt, wie sie in Wirklichkeit ist, als Geschichte von dauernden Klassenkämpfen, sondern als Geschichte der Kaiser und Könige; der Krieg wird nicht als abscheuliches, gegenseitiges Morden von Menschen betrachtet, sondern als romantisches Heldenleben. Von Naturwissenschaften bekommt die Volksschule überhaupt nichts zu hören. Wenn beim heutigen Stand der Produktion die Arbeiterschaft nicht unbedingt die Kenntnisse des Lesens, Rechnens und Schreibens haben müßte, würden ihm auch diese vorenthalten. Den meisten Arbeitern müssen erst die Augen geöffnet werden, ehe sie zur sozialistischen Arbeiterbewegung kommen, und es ist ungemein schwer, diese klassenfeindliche Erziehung unserer Jugend auszurotten.

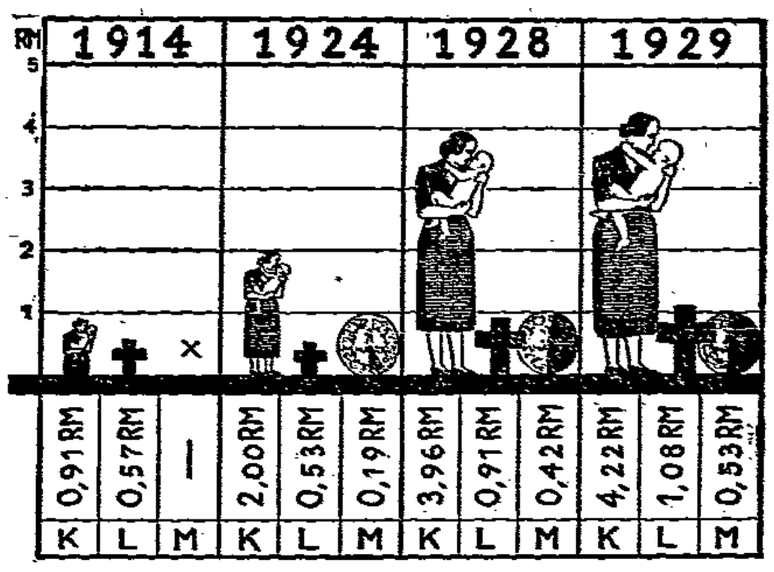
Was aber machen heute noch unzählige freiorganisierte Eltern? Sie liefern ihre Kinder den Gegnern der Arbeiterklasse aus und sehen seelenruhig zu, wie diese die Arbeiterkinder zu Gegnern oder zum allermindesten zu Gleichgültigen gegenüber der ringenden Arbeiterschaft erziehen. Erkennt ihr denn nicht die Gefahr, die entsteht, wenn ihr Alten nicht mehr könnt und der starke Nachwuchs fehlt, der das immer schwieriger werdende Werk weiterführen und vollenden soll?

Um dieser Gefahr zu entgehen, ho[illegible] wir sozialistische Jugendorganisationen und Kinderabteilungen „gegründet, die heute schon große Arbeit leisten, die es sich zur Aufgabe machen, die blassen Proletarierkinder aus den Städten ins Freie zu führen, um ihnen ihre traurige Jugend zu verschönen. Denn das Proletarierkind ist das elendeste, unterdrückteste Geschöpf der menschlichen Gesellschaft. Es leidet doppelt schwer mit unter der furchtbaren wirtschaftlichen Not, hat nicht die Freuden und Genüsse der bürgerlichen Jugend. In der Schule ist es das getretene, hilflose Wesen; daheim in der Familie ist es ebenfalls das Mitglied zweiten Grades, gegen das der Erwachsene seine Macht geltend macht. Es ist leider Tatsache, daß überall, auch in der proletarischen Familie, die Erziehung zum Minderwertigkeitsgefühl herrscht, die Erziehung durch die Autorität des Lehrers, des Vaters. In der Familie glaubt der proletarische Vater einmal zur Geltung kommen zu müssen. Er benützt seine wirtschaftlich-soziale Überlegenheit, um sich als Herr seiner Familie gegenüber aufzuspielen. Wo sollen sich da die Fähigkeiten, die in jedem Kinde schlummern, entwickeln? Und das letztere ist es, was wir erreichen wollen. In Gruppenabenden sprechen wir über Geschehenes und Erlebtes und tauschen Gedanken aus. Frohsinn und Freude werden ausgelöst durch gemeinsames Singen und Spielen, gemeinsames Wandern und Beobachten. In den Sommerferien bauen wir gemeinschaftlich Zelte und regeln die Verwaltung selbständig. Hier können wir wirken und schaffen. So wird der Mensch selbständig und denkend. Nicht Politik treiben wir, wie uns unterschoben wird. In den weitesten Kreisen hat die Arbeit der Kinderfreunde und der Kindergruppen des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes größten Anklang gefunden. Tausende von Kindern kommen schon, wollen mitarbeiten und mitlernen. Aber schon regt es sich im reaktionären und klerikalen Lager, die das Privileg der Jugenderziehung zu besitzen glauben. Sie erkennen die Gefahr, die diese Jugendbewegung für sie bedeutet. Allen voran natürlich das reaktionäre Bayern. Seine Regierung hat Bestimmungen erlassen, die diese Arbeit sehr erschweren, zum Teil sogar unmöglich machen. Man verfolgt die sozialistische Jugendbewegung aufs äußerste. Warum? Weil selbständig denkende Menschen eine Gefahr für die herrschende Klasse sind.

Eltern der arbeitenden Jugend! Werdet ihr dieses endlich erkennen und die Konsequenzen ziehen? Die Kinderfreunde, die Jugendgruppen der Gewerkschaften, der Arbeiter-Sport- und -Kulturorganisationen, die Sozialistische Arbeiter-Jugend werden leben und wachsen, trotz der Unterdrückung durch die Behörden. Wenn ihr eure Kinder allesamt in unsere Gruppen schickt, dann braucht ihr euch keine Sorgen zu machen, wer den Kampf nach euch weiterführt. Wir nehmen ihn gegen die ganze Welt auf. Der Kampf um die Jugend wird in der kommenden Zeit noch schärfer entbrennen. Unser aber soll die Jugend sein, unser und unserer Bewegung, denn die Jugend ist die Zukunft.

Frauenfragen.

Ausgaben für Wochenhilfe, Sterbegeld und allgemeine Fürsorge je Mitglied einer Ortskrankenkasse.



K. Wochenhilfe.
L. Sterbegeld.
M. Allgemeine Fürsorge.

Aus dem Jahrbuch der Krankenversicherung 1929. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Arbeitsbescheinigung und Arbeitslosenunterstützung.

Kann auf die Ausstellung einer richtigen Arbeitsbescheinigung geklagt werden?

Lorenz Popp, Hannover.

Nach § 170 Abs. 1 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes muß der Arbeitslose, der den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung stellt, dabei glaubhaft machen, daß und auf welche Weise er die Anwartschaft auf die Unterstützung erworben hat. Insbesondere muß er angeben, in welchen versicherungspflichtigen Beschäftigungen und wie lange er in diesen seit dem Beginne der Anwartschaft gestanden hat. Er hat ferner anzugeben, welches Arbeitsentgelt er in den letzten sechs Monaten bezogen hat und aus welchem Grunde sein letztes Beschäftigungsverhältnis gelöst worden ist, sowie seine Familienverhältnisse insoweit darzulegen, als die Erkenntnis für die Festsetzung der Unter-

Damit der Arbeitslose der Vorschrift des Absatz 1 des Paragraphen 170 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes genügen kann, bestimmt der Absatz 2 des Paragraphen 170:

„Wer als Arbeitgeber einen Versicherten beschäftigt hat, hat ihm nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Verlangen eine Bescheinigung auszustellen, auf der Art, Beginn, Ende und Lösungsgrund des Arbeitsverhältnisses sowie die Höhe des Arbeitsverdienstes und einer anläßlich des Ausscheidens aus der Beschäftigung etwa gewährten Abfindung oder Entschädigung hervorgehen."

Die sofortige Gewährung der Arbeitslosenunterstützung hängt nun im allgemeinen, wenn die übrigen versicherungsmäßigen Voraussetzungen zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung erfüllt sind, von der Angabe des Lösungsgrundes des Arbeitsverhältnisses in der Arbeitsbescheinigung ab. Ist z. B. in der Arbeitsbescheinigung vermerkt, daß der Lösungsgrund des Arbeitsverhältnisses in der Person des Arbeitnehmers liegt, so ist die Folge davon, daß der Arbeitnehmer in der Regel erst nach einer Sperre von sechs Wochen in den Genuß von Arbeitslosenunterstützung kommen wird. Nicht selten kommen Arbeitnehmer deswegen nicht sofort in den Genuß von Arbeitslosenunterstützung, weil ihnen vom Arbeitgeber Arbeitsbescheinigungen ausgestellt worden sind, die ungenau sind oder nicht den Tatsachen entsprechen.

Nur ein Beispiel, wie leichtfertig Arbeitsbescheinigungen von Arbeitgebern ausgestellt werden: Ein Arbeiter sollte ununterbrochen 24 Stunden arbeiten. Zwei Stunden vor Beendigung der 24stündigen Arbeitszeit mußte der Arbeiter die Arbeit wegen Erschöpfung aufgeben. Darauf wurde der betreffende Arbeiter fristlos entlassen. Er habe unbefugt die Arbeit verlassen. In der Arbeitsbescheinigung wurde dann ebenfalls angegeben, daß das Arbeitsverhältnis deswegen gelöst worden sei, weil er unbefugt die Arbeit verlassen habe.

Die Folge dieser Arbeitsbescheinigung war, daß der betreffende Arbeitnehmer gemäß den Paragraphen 90, 93 sechs Wochen keine Arbeitslosenunterstützung bekam.

Nun ist zwar die Arbeitsbescheinigung, die vom Arbeitgeber ausgestellt wird, für die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes nicht verbindlich. Das Arbeitsamt kann auf Grund des Paragraphen 171 AVAVG. von sich aus Ermittlungen jeder Art anstellen. Und wie die Entscheidung des Spruchsenats Nr. 3208 (Reichsarbeitsblatt 1928, S. IV, 245) zum Ausdruck bringt, ist der öffentlich-rechtliche Unterstützungsanspruch vielmehr von Amts wegen auf sein Bestehen hin zu prüfen. Leider verfahren die Arbeitsämter in den allerseltesten Fällen in bezug darauf, ob es mit dem in der Arbeitsbescheinigung angegebenen Entlassungsgrund seine Richtigkeit hat, in diesem Sinne.

Wurde über einen Arbeitslosen auf Grund einer ungünstigen Arbeitsbescheinigung die Sperrfrist verhängt und will der Arbeitslose dies nicht auf sich beruhen lassen, so muß er versuchen, eine Arbeitsbescheinigung beizubringen, aus der unzweideutig hervorgeht, daß die Entlassung nicht in seiner Person begründet war, bzw. die Entlassung keinen Grund zur Verhängung der Sperrfrist biete. Wenn der Arbeitgeber eine Bescheinigung dieser Art nicht ausstellen will, bleibt dem entlassenen Arbeiter nichts anderes übrig, als den Klageweg zu beschreiten. Er muß beim Arbeitsgericht eine Klage auf Berichtigung der Arbeitsbescheinigung anstrengen.

Das Reichsarbeitsgericht hat in seinen Entscheidungen vom 8. März 1930 (Bensh. Samml. Bd. 9, S. 161) und vom 15. März 1930 (RAG. 500/29 — „Die Rechtsprechung in Arbeitssachen" 1930, S. 167) zum Ausdruck gebracht und damit die bereits im Schrifttum vertretene Auffassung akzeptiert, daß auf Berichtigung und Abänderung der Arbeitsbescheinigung geklagt werden kann. Es ist daher jedem Arbeitnehmer zu empfehlen, falsch ausgestellte Arbeitsbescheinigungen mittels einer Klage vor dem Arbeitsgericht berichtigen zu lassen. Wird dann dem Arbeitsamt die erstrittene Berichtigung der Arbeitsbescheinigung vorgelegt, so hat das Arbeitsamt dem Arbeitslosen, wenn bereits eine Sperrfrist über ihn verhängt worden ist, die Arbeitslosenunterstützung vom Tage der Zurücklegung der Wartezeit nachzuentrichten. Bis zur gerichtlichen Entscheidung über die Abänderung der Arbeitsbescheinigung muß der Arbeitslose auch in der Zeit der Sperrfrist zur regelmäßigen Arbeitslosenkontrolle erscheinen. Damit entgeht er Schwierigkeiten bei der Nachentrichtung der Arbeitslosenunterstützung. Der Paragraph 173 AVAVG. besagt nämlich, daß der Pflicht, sich regelmäßig beim Arbeitsamte zu melden, auch derjenige Arbeitslose unterliegt, gegen den eine Sperrfrist verhängt worden ist, und nach § 93b AVAVG. läuft die Sperrfrist nur an den Tagen, für die der Arbeitslose seiner Meldepflicht genügt hat.

Wirtschaftliches.

Kapitalistische Sumpfblüten in Amerika.

Bei einer amtlichen Untersuchung der zu hohen Lebensmittelpreise in Newyork erklärten mehrere als Zeugen vernommene Kleinhändler, daß sie von unbekannten Männern warnend aufgefordert worden seien, Ankäufe von Milch, Butter, Eiern und anderen Lebensmitteln bei gewissen Großhändlern zu unterlassen, da deren Preise zu niedrig seien. Händler, die die Warnung unbeachtet ließen, erklärten, ihre Chauffeure seien von Bandenmitgliedern überfallen worden, die die Gummireifen der Autos zerschnitten und die Waren vernichtet hätten. Einige Milchhändler sagten aus, daß sie kurze Zeit vorher durch Todesdrohungen gezwungen worden seien, einen Dollar mehr für jede Zehn-Gallonen-Kanne Milch zu zahlen.

Dieser Vorfall zeigt, daß die Mittel, die vom Handel zur Verhinderung einer wirksamen Preissenkung oder zur Aufrechterhaltung höherer Preise angewandt werden, sich in Europa und Amerika wesentlich unterscheiden. Die amerikanische Gesetzgebung ist kartell- und trustfeindlich. Da man also mit den in Deutschland so erfolgreichen „friedlichen Mitteln" der Kartellverträge die Aufrechterhaltung bestimmter, dem Handel genehmer Preise nicht erzwingen kann, so versucht man es eben einmal mit Raubritterstreichen. Die Methoden sind verschieden; das Ziel ist hier wie dort das gleiche.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang September 1930.

Alle Tendenzen, die auf eine Verschlechterung der Wirtschaftslage hinwirken, waren auch im Berichtsmonat in verstärktem Maße wirksam. Anzeichen irgendwelcher Besserung der Wirtschaftslage liegen nicht vor. Sehr pessimistisch ist die Wirtschaftsprognose, die das Institut für Konjunkturforschung in seinem 2. Vierteljahrsheft Ende August veröffentlicht:

„Die deutsche Wirtschaft verharrt in tiefer Depression. Die industrielle Produktion ist um 15 bis 20 v. H. geringer als im Vorjahre. 2,93 Millionen Menschen sind arbeitslos.

Zum erstenmal seit dem Weltkrieg befindet sich die deutsche Konjunktur in vollem Gleichtakt mit der weltwirtschaftlichen Industriekonjunktur. Rückläufige Produktion, rückläufige Preise und wachsende Arbeitslosigkeit kennzeichnen die Lage fast aller Industriestaaten. Mit der industriellen Depression verbinden sich schwere Strukturstörungen der Weltagrarwirtschaft, wodurch die Aufnahmefähigkeit der Rohstoffländer für industrielle Produkte stark vermindert wird.

Anders als 1926 bietet deshalb der Export der deutschen Industrie keinerlei Ausgleich: Die Ausfuhr Deutschlands ist sogar mengenmäßig gesunken. Diese Entwicklung ist um so nachteiliger, als der Rückgang im internationalen Preisniveau automatisch eine Erhöhung des Realwerts der Reparationslasten nach sich zieht.

Eine gewisse Erleichterung vermochte die fortschreitende Verflüssigung der Kreditmärkte zu verschaffen. Die Senkung des Kapitalzinses ist aber noch nicht weit genug fortgeschritten, um genügend neue Planungen rentabel erscheinen zu lassen. Eine besondere Erschwerung für die Kapitalversorgung bildet die Vertrauenskrisis, die sich im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung ergeben hat.

Nach den zur Zeit vorliegenden objektiven Gegebenheiten der Konjunktur jedoch wird sich die mit dem Herbst einsetzende saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit voraussichtlich in voller Höhe auf dem Arbeitsmarkt auswirken."

Wenn das Institut für Konjunkturforschung „psychologische Antriebskräfte" zur Wirtschaftsbelebung von der kommenden Finanzreform der Reichsregierung erhofft, so ist der Ausgang der Reichstagswahl bestimmt nicht dazu angetan, solche Hoffnungen zu nähren.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes muß von weiteren Verschlechterungen der Arbeitsmarktlage von den Industrien unseres Verbandes berichten. Insgesamt wurden von der Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes 349 639 männliche, 93 703 weibliche, insgesamt 443 342 Mitglieder, das sind zirka 96 Prozent der Gesamtmitgliedschaft, erfaßt. Davon waren 95 528 oder 21,5 v. H. arbeitslos und 70 633 oder 15,9 v. H. arbeiteten verkürzt. Im Vormonat war die Verhältniszahl 19,7 v. H. Arbeitslose und 13,7 v. H. Kurzarbeiter. Die Kurzarbeiter umgerechnet in Vollbeschäftigte waren Ende August 73 v. H. der Mitglieder unseres Verbandes voll beschäftigt gegenüber 90,2 Anfang September 1929. Der Beschäftigungsgrad der einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes zeigt folgende Übersicht:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

1930	Ende Juli männl.	Ende Juli weibl.	Ende Juli insges.	Ende August männl.	Ende August weibl.	Ende August insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	20,1	18,3	19,7	21,8	20,8	21,5
In der Industriegruppe:						
Chemie	14,9	17,8	15,6	15,9	18,3	16,4
Papier	11,3	14,6	12,0	13,3	16,6	14,0
Nahrungsmittel	17,4	14,9	16,8	18,7	19,7	19,0
Spielwaren, Blumen und so weiter	36,0	27,7	31,4	37,4	31,1	33,8
Sonstige Industrien	30,1	21,4	27,8	33,2	24,0	30,8
Keramischer Bund insgesamt	25,6	19,3	24,5	27,9	22,3	26,9
a) Porzellan	19,7	16,1	18,3	22,9	19,9	21,8
b) Glas	27,2	22,0	26,5	28,8	22,6	28,9
c) Grobkeramik usw.	26,7	22,5	26,3	29,1	26,4	28,8

arbeiteten verkürzt:

Fabrikarbeiterverband insgesamt	12,4	18,3	13,7	14,6	20,5	15,9
In der Industriegruppe:						
Chemie	12,1	12,5	13,9	16,5	27,1	18,9
Papier	17,9	25,2	19,4	21,1	23,5	21,6
Nahrungsmittel	6,7	3,2	5,9	6,0	9,6	5,5
Spielwaren, Blumen und so weiter	17,3	23,8	22,6	21,3	26,3	24,1
Sonstige Industrien	6,5	9,9	7,4	8,3	10,6	8,9
Keramischer Bund insgesamt	12,8	20,1	14,1	14,3	22,4	15,7
a) Porzellan	33,2	30,7	32,3	37,3	34,3	36,2
b) Glas	8,8	11,7	9,2	8,3	13,5	9,0
c) Grobkeramik usw.	8,4	8,6	8,4	9,8	8,6	9,7

In allen Industriegruppen unseres Verbandes ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Noch nie dürften ausgesprochene Konjunkturindustrien, wie es die deutsche chemische und Papierindustrie sind, solche hohen Arbeitslosenzahlen gesehen haben. Mit geradezu erschreckender Regelmäßigkeit steigen sie von Monat zu Monat, ein grausames Spiel, das sich fast ununterbrochen seit zwei Jahren wiederholt. Noch weit höher sind die Arbeitslosenzahlen in den keramischen Gruppen. In der Glasindustrie sind 30 Prozent, in der feinkeramischen Industrie, wenn die von den Kurzarbeitern verlorene Arbeitszeit in Vollarbeitslosigkeit umgerechnet wird, 34 Proz. Arbeitslose. In der grobkeramischen und Baustoff-Industrie, einer ausgesprochenen Saisonindustrie, ist in diesem Jahre am Ende des Hochsommers die Arbeitslosigkeit größer als sonst in den Wintermonaten.

G. R.

Genossenschaftsbewegung.

Der 13. Internationale Genossenschaftskongreß.

56 Millionen Verbraucher — mit ihren Familien 200 Millionen Menschen — aus 35 Staaten waren durch 554 Delegierte auf dem Internationalen Genossenschaftskongreß in Wien vertreten. Eine machtvolle Kundgebung für die Selbsthilfe, eine wunderbare Demonstration für die genossenschaftliche und damit für die gemeinwirtschaftliche Idee, das war dieser Kongreß, der wohl zu den schönsten Tagungen gehört, die jemals internationale Organisationen veranstaltet haben. Nicht nur der wunderbare Rahmen des Konzerthauses, eines der schönsten Gebäude Wiens, nicht nur die Umgebung der Stadt, die gemeinwirtschaftlich verwaltet wird, und die auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage ihre großzügige Wohnungspolitik aufbaut, haben diesen Kongreß aus der Reihe seiner Vorgänger herausgehoben. Er war zweifellos der größte Kongreß, den der internationale Genossenschaftsbund jemals erlebt hat.

Die Verhandlungen begannen mit dem Bericht des Generalsekretärs May über die Tätigkeit des Bundes, die zur altbekannten Auseinandersetzung führte, ob die Genossenschaftsbewegung mit den Wirtschaftsorganisationen des Völkerbundes weiterhin zusammenarbeiten sollen oder nicht. Niemand unter den Genossenschaftern über- oder unterschätzt den Völkerbund, jeder kennt sein mannigfaches Versagen, seine mangelnde Kraft, die Regierungen zu internationalen Beschlüssen zu führen. Trotzdem war man sich darin einig, daß die Genossenschaften das Recht haben und dieses Recht erobern müssen, überall gehört zu werden, wo wichtige wirtschaftliche Verhandlungen vor sich gehen. Es sollen daher diese Bemühungen, die Tribüne des Völkerbundes zur Werbearbeit für das genossenschaftliche System zu nützen, fortgesetzt werden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Jahrbuch 1929 des ADGB.*

Das neue Jahrbuch des ADGB. ist ein zeitgeschichtliches Dokument, eben weil es nicht Geschichte im landläufigen Sinne des Wortes ist, sondern weil aus allen seinen Kapiteln der zielbewußte Wille einer großen Organisation spricht, die Klarheit gewinnen will über ihren Weg und über das Maß der eigenen Kraft wie über die Stärke ihrer Gegner, mit deren Widerstand sie bei ihren künftigen Aktionen zu rechnen hat. Und es gibt nahezu kein Gebiet des deutschen öffentlichen Lebens, auf dem die deutschen Gewerkschaften nicht erworbenen Besitz zu verteidigen oder Forderungen im Sinne ihrer Staatsauffassung geltend zu machen hätten. Das neue Jahrbuch des ADGB. bestimmt den geschichtlichen Standort der Bewegung und mit ihm zugleich den Ausgangspunkt ihrer künftigen Politik. Jede Seite dieses Berichtes zeugt von der inneren Geschlossenheit ihrer Organisation und beweist, daß es in ihren Reihen kein Schwanken über die Richtung des Weges gibt, den sie zu gehen hat. Die politische Partei, mit der die deutschen Gewerkschaften in allen Phasen dieses in seiner Dauer noch nicht abzuschätzenden geschichtlichen Ringens fest verbündet sind, ist ebenso wie sie selbst von den krisenhaften Erscheinungen, von denen die bürgerlichen Parteien und die ihnen nahestehenden wirtschaftlichen Organisationen erschüttert worden sind, völlig frei geblieben. Sie wissen, daß die Zahl der Gegner größer geworden ist, ihr Kampfwille nachhaltiger und die Front, die sie zu verteidigen haben, breiter. Aber auch ihre eigene Macht ist in diesem bewegten Jahrzehnt der Nachkriegszeit erstarkt, und wenn es auch gefährlich wäre, sich irgendwelchen Illusionen über die Dauer und die Schwere dieses Kampfes hinzugeben, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß der Kampf um den demokratischen Charakter des deutschen Volksstaates auf die Dauer nicht zugunsten der Parteien entschieden werden wird, die Deutschland dem Regiment einer christlich-konservativen Rechten oder dem deutschen Faschismus auszuliefern entschlossen sind, sondern daß dem Staatsgedanken der Arbeiterbewegung, dem Gedanken einer freien sozialen Demokratie deutscher Nation, die Zukunft gehört.

* 297 S. in Leinen geb. 2,50 Mk., Organisationspreis 7 Mk. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S 14.

Verbandsnachrichten.

Arbeit im Saargebiet?

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Kollegen aus dem Reich nach dem Saargebiet kommen, sei es freiwillig oder angeworben, um Arbeit anzunehmen. Die Enttäuschung ist in den meisten Fällen groß, denn die Lohnsätze sind zu niedrig und reichen nicht entfernt an die gemachten Versprechungen heran. Es gibt deshalb Konflikte, und die Folge ist in der Regel Entlassung oder Aufgabe des Arbeitsverhältnisses. In den meisten Fällen stehen dann die Kollegen mittellos da und können nicht einmal zu ihren Angehörigen zurückkehren. Die Zahlstelle Saarbrücken soll dann helfen. Da aber die Zahl der Hilfesuchenden immer größer wird, müssen wir unsere Kollegen dringend ersuchen, vor Arbeitsannahme im Saargebiet sich erst bei unserer Zahlstellenleitung in Saarbrücken über Betrieb, Löhne, Behandlung usw. zu erkundigen. Nur wenn dies geschieht, kann die Zahlstelle die Interessen der Kollegen wahren.

Teilnehmer an den Arbeitervolkshochschulen.

Gemäß den Vorschlägen des Vorstandes hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Einverständnis mit der Schulleitung in diesem Jahre folgende Kolleginnen und Kollegen zum Besuch der Arbeitervolkshochschulen zugelassen:

Akademie der Arbeit, Frankfurt a. M.:
Otto Frohnhofer, Wunsiedel, Oberfr., Heldenstraße 3;
Erwin Hohlwegler, Neuhausen, Amt Engen, Baden;
Hans Kamm, Deggendorf, Lat. Schulgasse 150.

Wirtschaftsschule Düsseldorf:
Franz Schäfer, Neuwied, Engerser Landstraße 116;
Joseph Bauer, List bei Spiegelau, Bayer. Wald, Haus Nr. 70½;
Joseph Hodes, Hainichen, Sa., Gellertstraße 75.

Wirtschaftsschule Berlin:
Richard Jungnickel, Hainsberg, Sa., Rabenauer Straße 10;
Willi Bauer, Tilsit, Stolbecker Straße 116;
Ludwig Müller, Arheilgen bei Darmstadt, Waldstraße 7.

Heimvolkshochschule Tinz:
Minna Rossins, Hannover, Stöckener Straße 57.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle Katzhütte Rudolf Hermann, Buch-Nr. 90 035, und gemäß § 14 Ziffer 3d des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Merseburg Fritz Löwa, Buch-Nr. 931 148; Willi Winter, Buch-Nr. 958 369.

Zahlstelle Dresden.

Unser Büro befindet sich seit dem 18. September 1930

Schützenplatz 14, 3. Stock rechts

Unsere Telefonnummer ist 24521 (Gewerkschaftshaus). [3 M.

Beilage zum Proletarier

Nummer 39 — Hannover, 27. September 1930 — 39. Jahrgang

Chemische Industrie

Aus dem Bericht der Berufsgenossenschaft für die chemische Industrie 1929.

Nach dem Bericht ist die Zahl der chemischen Betriebe von 14 434 im Jahre 1928 auf 14 762 im Jahre 1929, also um 328 gestiegen. Auch die Zahl der Vollarbeiter hat sich im Berichtsjahr um 3051 vermehrt, sie stieg von 398 107 auf 401 158. Zu den Vollarbeitern zählen Arbeiter und Betriebsangestellte, während die kaufmännischen Angestellten in einer Anzahl von 51 826 zwar in der Berufsgenossenschaft versichert, aber von der Statistik nicht mit erfaßt sind.

Die Vermehrung der Betriebe beruht hauptsächlich auf Erfassung neu konzessionierter Apotheken und der Laboratorien, die jetzt ausnahmslos der Berufsgenossenschaft unterstellt sind. Die Zunahme der Vollarbeiter um 3051 überrascht. Durch die Rationalisierung der Betriebe und angeblich schlechte Geschäftslage sind im Jahre 1929 Massenentlassungen in der chemischen Industrie erfolgt, die um 20 000 herum schwanken.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung, wobei die Zahlen des Vorjahres in Klammern gestellt sind:

Sektion	Zahl der Betriebe		Zahl der Vollarbeiter		Zu- bzw. Abnahme der Vollarb. in %
I. Berlin	2 408	(2 335)	44 021	(42 096)	+ 4,57
II. Breslau	1 346	(1 326)	22 854	(23 336)	— 2,06
III. Hamburg	2 127	(2 101)	59 743	(60 015)	— 0,45
IV. Köln	2 692	(2 637)	79 067	(76 215)	+ 3,74
V. Leipzig	2 149	(2 116)	79 102	(78 953)	+ 0,19
VI. Mannheim	1 298	(1 260)	50 983	(51 482)	— 0,97
VII. Frankfurt a. M.	1 111	(1 088)	41 280	(41 975)	— 1,65
VIII. Nürnberg	1 631	(1 571)	24 108	(24 035)	+ 0,30
	14 762	(14 434)	401 158	(398 107)	+ 0,77

Diese Arbeiterzunahme steht mit unseren praktischen Erfahrungen im Widerspruch. Nennenswerte Einstellungen von Arbeitern sind uns nicht bekannt geworden. In der Sektion Leipzig ist eine geringe Zunahme verzeichnet, trotz starker Entlassungen in Bitterfeld, Wolfen und Merseburg. Neue Betriebe sind in diesen Bezirken kaum entstanden, andere Arbeitereinstellungen uns nicht bekannt geworden. Die Betriebe im Freistaat Sachsen haben keine Erweiterung erfahren, die die Entlassungen in den Bitterfelder Betrieben und im Leunawerk auch nur annähernd ausgleichen könnten. In den anderen Sektionen liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Statistik muß also einen Fehler enthalten.

Vielleicht kommen wir der Sache näher, wenn wir vom Normalarbeitstag ausgehen. Der Begriff „Vollarbeiter" ist fiktiv, er besagt nichts über die wirkliche Arbeiterzahl. Für je 300 Arbeitstage wird ein Vollarbeiter angesetzt. Die chemische Industrie hat tariflich die Möglichkeit, täglich 9 Stunden arbeiten zu lassen, während die regelmäßige Arbeitszeit acht Stunden beträgt. Im Jahre 1928 betrug in vielen Großbetrieben die Arbeitszeit für die Tagesarbeiter neun Stunden, während die Schichtarbeiter den Achtstundentag hatten. 1929 wurde der Achtstundentag fast restlos durchgeführt. Diese Tatsache drängt den Gedanken auf, daß die Unternehmer im Jahre 1928 den Neunstundentag als Normalarbeitstag zugrunde legten und im Jahre 1929 den Achtstundentag.

Wird der Neunstundentag als Arbeitstag angenommen, kommen auf den Vollarbeiter 2700 Arbeitsstunden, bei Achtstundentag 2400 Arbeitsstunden. Ist der Bericht für 1928 auf neun Stunden aufgebaut, so ergeben sich für 398 107 Vollarbeiter 1 074 888 900 Arbeitsstunden. Diese Stunden auf den Achtstundentag umgerechnet ergeben 447 870 Vollarbeiter für 1928. Für 1929 sind 401 158 Vollarbeiter ausgewiesen, also 46 612 weniger als im Vorjahr nach unserer Berechnung. 20 000 Arbeiter sind 1929 bestimmt zur Entlassung gekommen, so daß noch zirka 26 000 Arbeiter ungeklärt bleiben, die für das Jahr 1928 durch geleistete Überstunden sehr wohl zu erklären sind. Eine Äußerung der Berufsgenossenschaft darüber wäre erwünscht.

Im Berichtsjahr wurden 38 288 Unfälle gemeldet, gegenüber 39 371 im Vorjahr, also ein Rückgang von 1083 Unfallmeldungen. Dagegen sind die erstmalig entschädigten Unfälle von 2433 auf 2491, also um 58 gestiegen. 180 Unfälle verliefen tödlich gegenüber 199 im Vorjahre.

Zu diesen Zahlen vermerkt der Bericht, daß der leichte Anstieg der entschädigten Unfälle dem weiteren Anwachsen der Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit zuzuschreiben ist. Die Annahme ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß die überaus schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitnehmer bewegen, aus rein menschlichen Gründen selbst die kleinsten Unfälle zur Anmeldung und zur Entschädigung zu bringen, um sich, wenn möglich, einen kleinen Rückhalt für die Zeit der Arbeitslosigkeit zu sichern.

Im Vorjahre waren die gemeldeten Unfälle um 18 Prozent, die erstmalig entschädigten um 25 Prozent gestiegen. Diese Steigerung wurde mit denselben Gründen zu erklären versucht. Der Bericht führte wörtlich aus:

„Der Grund für das Steigen der gemeldeten Unfälle ist vor allem darin zu suchen, daß viel peinlicher als früher jede kleine Verletzung angemeldet wird, schon deswegen, weil die Versicherten unter den heutigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen, besonders bei drohender Arbeitslosigkeit, die sozialen Versicherungseinrichtungen so weitgehend wie möglich für sich in Anspruch nehmen möchten."

Die rückhaltlose Anerkennung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiterschaft ehrt die Berufsgenossenschaft. Eine Erklärung für die gesteigerten Unfälle ist es aber nicht.

Berufskrankheiten kommen 781 zur Meldung, gegenüber 527 im Vorjahre. Die Steigerung wird auf die im Berichtsjahr erfolgte Ausdehnung der Verordnung über entschädigungspflichtige Berufserkrankungen zurückgeführt.

Über die erstmalig entschädigten Berufskrankheiten ist aus dem Bericht keine Klarheit zu gewinnen. Auf Seite 7 des Verwaltungsberichtes heißt es, daß 75 Fälle zu einer Rentenzahlung geführt haben. Die Tabelle auf der nächsten Seite weist aber nur 74 Fälle aus und auf Seite 1 des Berichtes der technischen Aufsichtsbeamten werden 61 erstmalig entschädigte Berufskrankheiten erwähnt.

Als Unfallursachen sind mangelhafte Betriebseinrichtungen, ungenügende Anweisung, Fehlen von Schutzvorrichtungen, Nichtbenutzung oder Beseitigung von Schutzvorrichtungen, Handeln gegen bestehende Vorschriften, Leichtsinn, ungeeignete Kleidung, Schuld von Mitarbeitern und Unachtsamkeit, Ungeschicklichkeit, unglückliche Zufälle angeführt. Alkoholmißbrauch als Unfallursache ist nicht besonders in Erscheinung getreten.

Die Mitteilung im Bericht, daß einzelne Arbeiter zum Teil immer noch irrtümlich der Ansicht sind, daß sie sich bei Angabe von Mängeln oder Unterlassung von Sicherheitsmaßnahmen den Unwillen oder Tadel des Unternehmers zuziehen, beruht auf mangelhafter Kenntnis der Unternehmer oder deren Beauftragte.

Gegen 17 Unternehmer mußten Strafen von 10 bis 5000 Mk. wegen andauernder Verstöße „gegen die Unfallverhütungsvorschriften" verhängt werden. Aber auch gegen Arbeiter, die offensichtlich fahrlässig gehandelt haben, wurden Strafanträge gestellt.

Bestell-Nr. — 274 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften

Gefahr von oben.

Überall, wo schwere Lasten durch Kräne, Flaschenzüge oder sonstige Transportmittel frei schwebend durch die Luft befördert werden, wird selbstverständlich mit allergrößter Sorgfalt darauf geachtet, daß Ketten oder Stricke, mit denen die Last an dem Beförderungsmittel befestigt ist, von einwandfreier Beschaffenheit ist. Trotzdem ist allergrößte Vorsicht geboten! Niemals sollte sich derjenige, der notwendigerweise an derartigen Stellen zu arbeiten gezwungen ist, auch nur Sekunden länger als unbedingt nötig unter schwebenden Lasten aufhalten; wer aber nur gelegentlich oder zufällig in den Gefahrenbereich kommt, halte sich in sicherer Entfernung! Es sind zu viele unvorhergesehene und unberechenbare Zufälle, die in solch einem Falle ein Unglück herbeiführen können. Da kann in der Kette oder in dem Seil irgendein kleiner Materialfehler sein, der vielleicht schon lange unbemerkt blieb, gerade aber im entscheidenden Augenblick ein Zerreißen oder Zerbrechen herbeiführt. Darum immer wieder das Material prüfen! Da kann durch irgendein Versehen irgendeines Arbeiters eine zu schwere Last angehängt sein, und auch die besten Stricke und Ketten können nicht mehr aushalten, als ihnen zugemutet werden darf. Darum immer wieder die Verantwortlichen belehren. Da ist vor allem die menschliche Unzulänglichkeit, die beim Befestigen irgendwelche Fehler verschuldet hat, so daß die Last aus der Umschlingung herausfällt oder sonstwie der geregelte Transport gestört wird. Darum lieber einen Umweg machen, und wenn nicht anders möglich, lieber warten, ehe man sich auch nur für ganz kurze Zeiten unnötigerweise unter eine schwebende Last begibt. Die Folgen derartiger Unglücksfälle sind entsetzlich, meist endet solch ein Unfall mit dem Tode.

In der Besprechung einzelner Unfälle verdienen folgende Fälle Erwähnung: Eine Arbeiterin versuchte die letzten Seifenspäne aus einer zum Entleeren gekippten Misch- und Knetmaschine mit der Hand zu entfernen, ohne die Flügelwelle vorher auszurücken, wobei ihr die linke Hand abgequetscht wurde.

Bei einer ordnungsmäßig geprüften Zentrifuge riß die Trommel, die gußeiserne Haube und der Deckel zersprangen. Ein Stück traf den Arbeiter und zerschmetterte ihm den Unterkiefer. Außerdem erlitt der Arbeiter noch eine Gehirnerschütterung.

Aus einer Trommel, in der Gummiwaren vom überschüssigen Puder befreit wurden, schoß eine Stichflamme und setzte einen Benzinbehälter in Brand, wobei zwei Arbeiter so schwer verbrannten, daß sie nach zwei Tagen starben.

In einer Fabrik pharmazeutischer Präparate ließ ein Meister seinen Kopierbleistift in einen Spiritusballon fallen. Er zündete ein Streichholz an, um den Stift, der den Spiritus verunreinigen konnte, schneller zu finden, wodurch die Alkoholdämpfe entzündet wurden und der Ballon zersprang. Der auslaufende brennende Alkohol verbrannte den Meister tödlich, ein anderer Arbeiter sprang mit brennenden Kleidern aus dem Fenster und starb an den Sturzverletzungen. Zehn weitere Arbeiter erlitten leichtere Brandwunden und Nervenschocks.

Einige Arbeiter kamen durch explodierte bzw. in Brand geratene Benzindämpfe ums Leben. Zwei Arbeiter büßten ihr Leben beim Einatmen von Arsenwasserstoff ein.

Ein Arbeiter wurde durch Einatmen von Trichloräthylendämpfen getötet, während ein zweiter aus der Bewußtlosigkeit noch gerettet werden konnte. Die Arbeiter sollen den Unfall selbst verschuldet haben, indem sie die Arbeitsvorschriften nicht befolgt hätten.

Auch folgender Fall scheint uns ungeklärt zu sein. Ein Elektrofilter eines Phosphorofens mußte gereinigt werden. Dabei erlitten zwei Arbeiter tödliche Gasvergiftungen. Sechs Personen, die mit den Rettungsarbeiten beschäftigt waren, trugen ebenfalls Gasvergiftungen davon. Nach dem Bericht bleibt für diese Unfälle nur die Erklärung übrig, daß der Filterstaub größere Mengen Kohlenoxyd absorbiert hatte, das bei der Entfernung des Staubes frei wurde und schließlich eine tödliche Konzentration erreichte. In privater Unterhaltung über diesen Fall äußerte sich aber ein prominenter Vertreter des Arbeitgeberverbandes uns gegenüber, daß der Fall seine restlose Aufklärung gefunden hätte. Durch die damals herrschende außerordentlich starke Kälte hatten Kohlenoxyd und Phosphorwasserstoff ihre Giftwirkung verloren. Durch die Körperwärme der Arbeiter haben sich beide Stoffe wieder verflüchtigt, so daß die Ursache des Unfalles einzig in der Kälte zu suchen ist.

Mehrere tödliche Unfälle in Pulverfabriken blieben, wie gewöhnlich, ungeklärt, da die Beteiligten keine Angaben mehr machen konnten und die Explosionen etwaiges Beweismaterial regelmäßig vernichten. Dagegen wird berichtet, daß ein Arbeiter einen Pikrinsäuresprengkörper an einem elektrischen Kontakt ohne jede Veranlassung zur Explosion brachte und dabei sein Leben einbüßte.

In einer Nitroglyzerinfabrik flog das Scheidehaus in die Luft, wobei der stellvertretende Direktor, der Betriebschemiker, ein Meister und drei Arbeiter getötet wurden. In einer anderen Sprengstoffabrik wurde das Waschhaus durch eine Explosion zerstört; der im Nitroglyzerin-Waschhaus tätige Arbeiter wurde in Stücke gerissen. Dem im benachbarten Nitrierhaus beschäftigten Arbeiter gelang es noch, sich in einen Unterstand zu flüchten, bevor auch dieses Haus in die Luft flog.

Es sind immer wieder die besonderen Eigenheiten der chemischen Industrie, die in den Unfällen zum Ausdruck kommen.

G. Haupt.

Papier-Industrie

Billige Arbeitskräfte.

Die allgemeine Wirtschaftskrise wirkt auf den Gemütszustand eines Teiles der Arbeitnehmer geradezu verheerend. Das findet seinen Ausdruck auch in den Stellengesuchen und Arbeitsangeboten in der Fachpresse. Dazu einige Beispiele aus letzter Zeit aus dem „Wochenblatt für Papierfabrikation".

Wenn z. B. ein Absolvent des Technikums in Altenburg für etwa zwei Monate eine Stellung als Volontär an einer Langsiebmaschine sucht, um sich in dieser kurzen Zeit, wozu sonst Arbeiter jahrelang brauchen, zum „Praktiker" auszubilden, und dabei das Gehalt als Nebensache bezeichnet, so mag der junge Mann sich immer noch mit dem Gedanken getröstet haben, daß er später eine desto bessere Bezahlung erhält, wenn er soweit ist, um als theoretischer und „praktischer" Betriebsleiter und Direktor auf die Arbeiterschaft losgelassen zu werden.

Mit gemischteren Gefühlen muß aber die Arbeitnehmerschaft jenem Chemiker gegenüberstehen, der eine nichtbezahlte Stelle in einer Zellulose- und Papierfabrik sucht, wo er seine Kenntnisse geltend machen und auch erweitern kann. Wer von seiner Arbeitsleistung derart geringschätzig denkt, daß sie keinen höheren Wert hat, als hergeschenkt zu werden — wie dieser Chemiker — der vermag natürlich als späterer Betriebsleiter und Direktor auch die wirkliche Arbeitskraft seiner Arbeitnehmer nicht einzuschätzen.

Recht geringschätzig betrachtet auch jener Betriebsleiter und erster Werkmeister, der sich als erfahrener, tüchtiger Fachmann der Pappenbranche bezeichnet, seine Leistungsfähigkeit, wenn er eine Stellung bei mäßigen Gehaltsansprüchen sucht.

Geradezu weltfremd mutet es aber an, wenn ein „tüchtiger Pappenmacher" und ferner „ein strebsamer Holländermüller, Maschinenführer und Färber" gleichfalls Stellungen bei bescheidenen Ansprüchen suchen. Diese beiden Herren scheinen keine Ahnung zu haben, daß in Deutschland für die Papierarbeiterschaft die Löhne tariflich geregelt sind, und daß ihre Arbeitsangebote in dieser Form einen elenden Lohndruck bedeuten. Jedenfalls zeugen auch diese Resultate nicht nur von einer geringen Selbsteinschätzung der eigenen Arbeitsleistung, sondern auch von einem außerordentlich stark mangelnden Solidaritätsgefühl gegenüber ihren eigenen Klassengenossen.

Eine an hündische Demut erinnernde Unterwürfigkeit zeigt aber das folgende Inserat:

„Suchen Sie einen Gehaltsempfänger? Dann bin ich nicht Ihr Mann. Ich will mich auswirken, Ihre Maschinen erhalten, dadurch Ihre Produktion steigern mit Tatkraft. Ich bin Spezialfachmann, Monteur, Schlossermeister, praktisch und theoretisch verstärkt. Hüte mir anvertrautes Gut wie eigenes. Wer hat Stellung für mich? Gleich welcher Art, auch aushilfsweise zur Vertretung."

Zweifellos würde dieser Herr einen ausgezeichneten Galeerensträfling abgeben. Die Art dieses Arbeitsangebots ist derartig beschämend und entwürdigend, daß man sich jeder weiteren Kritik enthalten muß, wenn man nicht mit dem Strafgesetzbuch in Berührung kommen will.

Ein wahres Berufs-Chamäleon scheint der Verfasser folgenden Inserates zu sein:

„Günstige Gelegenheit für kleineres Werk! Per 1. Oktober sucht erfahrener Papiermacher, Holzstoff- und Zellulosefachmann, gelernter Schlosser, prakt. ält. Arb., erfolgr. Kaufmann, Ingenieur, Chemiker und Dr. phil. Dauerstellung bei nur 200 bis 240 Mk. Jahresfixum und besch. Wohnung. Bei Vertrauensstellung a. W. Hypothekenbrief über 3500 Mk. als Kaution."

Daß ein akademisch gebildeter Herr mit einer derartigen Vielseitigkeit als Wissenschaftler, Kaufmann, Handwerker und Papierarbeiter sich zu dem Lohn eines Dienstmädchens anbietet, gehört gewiß ebensowenig zu den Alltäglichkeiten wie die Tatsache, daß dieser „Fachmann" sogar bereit ist, sein Kostgeld für die ersten zwei Jahre mitzubringen. Dem Mann kann geholfen werden. In der gleichen Nummer des Wochenblattes befindet sich folgendes Stellenangebot:

„Tüchtiger Pappenmacher für ausscheidenden Teilhaber mit einer Einlage von 3000 Mk. von Pappenfabrik gesucht.
Heinrich Müller, Frankfurt a. M., Wittelsbacher Allee 85."

Hier bietet sich also dem wissenschaftlich gebildeten Arbeiter sogar die Möglichkeit, als Teilhaber einer Pappenfabrik zum Unternehmer aufzurücken. Die Einlage von 3000 Mk., die gerade ausreichen dürfte, um Teilhaber bei einem Berliner Wurstmaxe zu werden, erscheint für eine Pappenfabrik derart gering, daß ohne weiteres der Verdacht auftaucht, es handelt sich hier um die Anwerbung billiger und nicht gerade intelligenter Arbeitskräfte, die bereit sind, unter dem Titel eines Teilhabers unter Tariflohn und bei Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit für ein Almosen zu schuften. Diesem Unternehmer gönnen wir den wissenschaftlich gebildeten Papierarbeiter ohne innere Hemmnisse.

Trotzdem scheint uns aus sozialpolitischen und lohnpolitischen Gründen dieser wissenschaftliche Papierarbeiter für diese Frankfurter Stellung immer noch zu schade zu sein. Er könnte bessere Verwendung finden. Wir empfehlen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände oder dem Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie den Ankauf dieses Mannes. Er könnte bei allen Lohnverhandlungen besonders zur Erfüllung der jetzigen Lohnabbauforderungen der Unternehmer als ein lebendes Prachtexemplar von größter Bescheidenheit bei allen Lohnverhandlungen, besonders vor den staatlichen Schlichtungsinstanzen, für die Unternehmer lohnende Beschäftigung finden. Gleichzeitig wäre damit der Vorteil verbunden, daß für die Arbeitnehmervertreter und die Vertreter der Gewerkschaften in diese sonst sehr ernsten Verhandlungen ein erheiterndes Moment hineingebracht würde.

G. Stühler.

Papierarbeiterlöhne in der Tschechoslowakei.

In der Nr. 6 des Mitteilungsblattes der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände veröffentlicht unsere Bruderorganisation in Aussig die Entwicklung der Papierarbeiterlöhne von 1913 bis 1929. Diese Lohnermittlungen beziehen sich nur auf die Papiererzeugungs-Industrie im deutschen Sprachgebiet der tschechoslowakischen Republik.

Bei den Lohnermittlungen handelt es sich um durchschnittliche Tagesverdienste einschließlich Zulagen der wichtigsten Arbeitergruppen in der Papiererzeugungs-Industrie.

In der nachstehenden Zusammenstellung veröffentlichen wir die Tagesverdienste dieser Arbeitergruppen aus den Jahren 1913 und 1929 sowohl in tschechischen Kronen als auch in Reichsmark. Bei der Umrechnung der durchschnittlichen Tagesverdienste von tschechischen Kronen in Reichsmark haben wir für 1913 den Wert der Krone mit 80 Pf. und für 1929 mit 12,5 Pf. zugrunde gelegt. Die von uns errechnete prozentuale Erhöhung der Löhne ist errechnet aus den von uns ermittelten Reichsmarklöhnen.

Bei der Beurteilung dieser Durchschnittstagesverdienste ist ferner zu beachten, daß den Löhnen für 1913 eine Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden und für 1929 nur eine Arbeitszeit von 8 Stunden zugrunde liegt.

Arbeitergruppe	Tagesverdienste in: 1913 Kronen	1913 RM.	1929 Kronen	1929 RM.	Steigerung in %
Papiermasch.-Führer	4,23	3,38	42,40	5,30	56,8
Holländermeister	3,16	2,53	35,84	4,48	77,1
Kochermeister	4,17	3,34	44,24	5,53	65,6
Zellstoffmasch.-Führer	3,96	3,17	39,48	4,93	55,5
Langenbereiter	3,68	2,94	38,48	4,81	63,6
Holzschäler	3,39	2,71	34,40	4,30	58,7
Heizer	3,37	2,70	36,16	4,52	67,4
Schlosser	3,72	2,93	37,44	4,68	57,0
Hilfsarbeiter	2,52	2,02	29,76	3,72	84,2
Hefarbeiter	2,46	1,97	27,52	3,44	74,6
Sortiererinnen	2,18	1,74	24,40	3,05	75,3

Im tschechischen Sprachgebiet der tschechoslowakischen Republik dürften sich die Papierarbeiterlöhne ähnlich entwickelt haben, zumal der vertragschließende Arbeitgeberverband die Löhne für die gesamte Papierindustrie der Tschechoslowakei regelt.

Lebensmittelpreise.

Der Bericht unseres deutschen Bruderverbandes in der Tschechoslowakei bringt gleichzeitig die Durchschnittspreise für einige wichtige Lebensmittel für die Jahre 1914 bis 1929. Wir haben die Preise für 1914 und 1929 in Reichsmark umgerechnet und auf Grund dieser Umrechnung die Erhöhung resp. Ermäßigung der Preise festgestellt. Für 1914 bezieht sich die Preisfeststellung auf den Monat Juli und für 1929 auf den Monat Dezember:

Lebensmittel	Durchschnittspreise in: 1914 Kronen	1914 RM.	1929 Kronen	1929 RM.	+ Erhöhung — Ermäßigung in %
1 kg Brot	0,40	0,32	2,35	0,29	— 9,4
1 kg Weizenmehl	0,45	0,36	3,25	0,41	+ 13,9
1 kg Kartoffeln	0,16	0,13	0,59	0,74	+ 469,2
1 kg Rindfleisch	2,01	1,61	16,22	2,03	+ 26,1
1 kg Butter	2,50	2,—	26,39	3,30	+ 65,0
1 kg Zucker	0,82	0,66	6,37	0,80	+ 21,2
1 Liter Milch	0,26	0,21	2,01	0,25	+ 19,0

Zurückgegangen sind lediglich die Brotpreise um knapp 10 Proz. Auffallend ist die außerordentlich hohe Steigerung der Kartoffelpreise um rund 470 Prozent. Ein Vergleich der Steigerung der Tagesverdienste mit der Steigerung der vorgenannten Lebensmittelpreise in Prozent ergibt, daß es unserer deutschen Bruderorganisation der Tschechoslowakei gelungen ist, nicht nur die Preissteigerungen dieser wichtigen Lebensmittel durch Lohnerhöhungen auszugleichen, sondern auch noch darüber hinaus das Lohnniveau in der Papiererzeugungs-Industrie zu heben.

Bedarfsartikelpreise.

Leider stehen den folgenden zur Zeit gültigen Bedarfsartikelpreisen die Preise der Vorkriegszeit nicht gegenüber, so daß eine Feststellung über Preissteigerungen dieser Artikel nicht getroffen werden kann:

Bedarfsartikel	Preise in Kronen	Preise in Reichsmark
Blaue Arbeitsanzüge	75— 90	9,40— 11,25
Arbeitsschuhe	60— 70	7,50— 8,75
Bessere Schuhe	90—120	11,25— 15,—
Herrenanzüge (Konfektion)	350—500	43,75— 62,50
Herrenmaßanzüge	600—800	75,00—100,00

Zu den Schuhpreisen ist zu bemerken, daß die besten Qualitäten 160 Kronen oder 20 Mk. kosten. Ebenso sind für beste Maßanzüge, besonders wenn englische Stoffe verwendet werden, mindestens 1000 Kronen oder 125 Mk. anzulegen. Bei den billigeren Konfektionsanzügen muß hervorgehoben werden, daß nicht nur die Stoffqualität, sondern auch die Verarbeitung außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt und in deutschen Konfektionsgeschäften den Käufern in dieser Verarbeitung kaum angeboten werden.

Wohnungsmieten.

Ähnlich wie in Deutschland besteht auch in der Tschechoslowakei für die sogenannten Altwohnungen ein beschränkter Mieterschutz. Dagegen sind die Neubauwohnungen der Preisbildung vollkommen freigegeben. In Deutschland trifft diese Freigabe der Preisbildung nur für Neubauwohnungen zu, die ohne Hauszinssteuerzuschüsse errichtet wurden und für die Wohnungen der gemeinnützigen Baugenossenschaften, die, da sich deren Verwaltung in Händen der Mieter befindet, infolgedessen auch eine möglichst erträgliche Mietpreispolitik betreiben. Dagegen führt das Mietpreisbildungssystem der Tschechoslowakei zwischen Altwohnungen und Neubauwohnungen zu ungeheuerlichen Preisspannen wie die nachstehende Zusammenstellung beweist:

Wohnungen	in der Stadt Kronen	in der Stadt RM.	auf dem Lande Kronen	auf dem Lande RM.
Altbauwohnungen	40— 60	5— 7,50	20— 40	2,50— 5
Neubauwohnungen	200—300	25—37,50	150—200	18,75—25

Wenn auch der größte Teil der Arbeiterschaft noch in Altbauwohnungen untergebracht ist, so dürften zweifellos die Mietpreise für Neubauwohnungen, besonders für junge Ehepaare, die auf derartige Neubauwohnungen angewiesen sind, mit Recht, unter Berücksichtigung der niedrigen Löhne, die nach unserem deutschen Maßstabe in der Tschechoslowakei noch gezahlt werden, als unerschwinglich bezeichnet werden können.

Gewerkschaftsspaltung.

Der Bericht unseres deutschen Bruderverbandes in der Tschechoslowakei weist ferner darauf hin, daß besonders durch die von den Kommunisten herbeigeführte Spaltung der Gewerkschaften sich die Arbeiter in der Deflationskrise der Jahre 1922/23 einen größeren Lohnabbau gefallen lassen mußten, der in den folgenden Jahren nur teilweise überwunden werden konnte. Am geringsten war dieser Lohnabbau im deutschen Sprachgebiet der Tschechoslowakei, da hier die Wühlarbeit der Kommunisten wenig Anklang fand. Schärfer wirkte sich der Lohnabbau unter den tschechischen und slowakischen Papierarbeitern aus, da es in diesen Sprachgebietsteilen den Kommunisten gelang, ihren verderblichen Einfluß auf die Papierarbeiterschaft in erhöhtem Maße auszuüben. An diesem durch die Kommunisten begangenen Verbrechen an der Arbeiterschaft der Tschechoslowakei kann auch die Tatsache nichts ändern, daß zur Zeit die kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen der Tschechoslowakei in vollkommener Auflösung begriffen sind und mit ihren Überresten an Mitgliedern Anschluß an die freien Gewerkschaften der Amsterdamer Richtung suchen.

G. Stühler.

Deutschlands Papierholzeinfuhr.

Die Mengen des nach Deutschland eingeführten Papierholzes ergeben sich aus folgender Zusammenstellung:

Jahr	Einfuhrmenge in Tonnen	Jahr	Einfuhrmenge in Tonnen
1913	1 284 873	1926	1 832 877
1922	852 468	1927	1 911 893
1923	1 557 737	1928	2 259 641
1924	1 470 156	1929	2 533 872
1925	2 139 923	1930 (1. Halbjahr)	763 642

Als Einfuhrländer kamen in der Hauptsache Polen, Rußland und die Tschechoslowakei in Frage. Im ersten Halbjahr 1930 stand die russische Papierholzeinfuhr nach Deutschland bereits wieder an der Spitze.

Nahrungsmittel-Industrie

Strukturwandlungen in der Konservenindustrie.

Wie in den meisten Industriezweigen, so sind auch in der Konservenindustrie in den letzten Jahren bedeutende Strukturwandlungen vor sich gegangen. Die technische Umstellung der Betriebe, die Steigerung der Produktion und eine Umstellung des Rohstoffanbaues haben diese Wandlung in der Industrie herbeigeführt. In Konsumentenkreisen stellt man sich die Betriebe der Konservenindustrie noch heute oft als eine große Küche vor. Die Zeit, in der dieser Vergleich zum Teil zutraf, ist längst vorüber. Das trifft namentlich für die Obst-, Gemüsekonserven- und Marmeladenfabriken zu. Hier hat sich eine starke Umstellung zum Großbetrieb vollzogen. Nach der Berufs- und Gewerbezählung im Jahre 1925 waren im gesamten Konservierungsgewerbe rund 1264 Betriebe mit 24 489 Beschäftigten vorhanden. Diese Zahlen umfassen die Obst- und Gemüsekonservenindustrie, Gurkeneinlegereien, Sauerkrautfabriken, Marmeladen- und Obstkrautfabriken sowie Kunsthonig- und Fruchtsaftfabriken. Die einzelnen Betriebsarten waren nach Betriebs- und Beschäftigtenzahl wie folgt beteiligt:

	Betriebe: absolut	in Prozent	Beschäftigte: absolut	in Prozent
Obst- und Gemüsekonservenindustrie	431	= 34,1	19 679	= 80,3
Marmelade und Obstkraut	307	= 24,3	1 289	= 5,3
Gurkenkonserven und Sauerkraut	334	= 26,4	2 247	= 9,2
Kunsthonig	49	= 3,9	383	= 1,6
Fruchtsirup	143	= 11,3	891	= 3,6
	1264	= 100	24 489	= 100

Die Aufstellung zeigt, daß die Gruppe Obst- und Gemüsekonserven zwar nur 34,1 Prozent der Betriebe, aber 80,3 Prozent der Beschäftigten von der Gesamtgruppe umfaßt. Ein Zeichen dafür, daß in der Konservenindustrie 1925 schon der Großbetrieb vorherrschend war. Bei den übrigen Gruppen spielt der Kleinbetrieb noch eine sehr große Rolle. Das trifft namentlich für die Obstkrautbetriebe, die mit den Marmeladenbetrieben zusammen erfaßt werden, zu. Der Prozentsatz dieser Gruppe bei den Betrieben ist verhältnismäßig groß, die Zahl der Beschäftigten ist aber klein. Ähnlich sieht es in den anderen Untergruppen aus. Die beiden Untergruppen Konserven und Marmeladen umfassen zusammen 85,6 Prozent der Beschäftigten, sie stellen mithin den Hauptanteil im Konservierungsgewerbe dar.

Die Konserven- und Marmeladenindustrie nach Betriebsgrößen im Jahre 1925 geordnet, ergeben folgendes Bild:

Betriebe bzw. Beschäftigte im Jahre 1925:

	Obst- u. Gemüsekonserven: Betriebe absolut	in %	Beschäftigte absolut	in %	Marmeladen-Industrie: Betriebe absolut	in %	Beschäftigte absolut	in %
Kleinbetriebe	141	= 32,7	337	= 1,7	254	= 82,9	186	= 14,4
Mittelbetriebe	169	= 39,2	3571	= 18,2	39	= 12,7	617	= 47,9
Großbetriebe	121	= 28,1	15771	= 80,1	4	= 1,3	486	= 37,7
	431	= 100%	19679	= 100%	307	= 100%	1289	= 100%

Bei der Zählung galten Betriebe bis zu 5 Beschäftigten als Kleinbetriebe, von 6 bis 50 Beschäftigten als Mittelbetriebe und über 50 Beschäftigte als Großbetriebe. Danach waren 1925 in der Konservenindustrie noch 141 Kleinbetriebe = 32,7 Prozent vorhanden, die aber nur 1,7 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigten. Die 169 Mittelbetriebe stellten 39,2 Prozent der Betriebe dar, beschäftigten aber nur 18,2 Prozent der Arbeitnehmer. Die 121 Großbetriebe, die nur 28,1 Prozent bei der Betriebszahl darstellten, beschäftigten dagegen 80,1 Prozent der Arbeitnehmer. Hier tritt der Großbetrieb schon recht stark hervor. Für die Marmeladen- und Obstkraut-Industrie überwiegt noch mehr der Klein- und Mittelbetrieb. Die 264 Kleinbetriebe beschäftigten allerdings hier nur 14,4 der Arbeitnehmer, die 39 Mittelbetriebe aber beschäftigten 47,9 Prozent der Arbeitnehmer. Klein- und Mittelbetriebe zusammen beschäftigten 62,3 Prozent der Arbeitnehmer. Inzwischen ist nun aber die Entwicklung zum Großbetrieb in beiden Gruppen weiter fortgeschritten.

Anhaltspunkte über die weitere Entwicklung dieser Industriegruppen geben uns die Berichte der Gewerbeinspektoren. Allerdings werden nur die Betriebe erfaßt, die der Gewerbeaufsicht unterstehen, die also mindestens 5 Arbeitnehmer beschäftigen. In diesen Berichten wurden 1925 für die gesamte Konservenindustrie 581 Betriebe mit 22 082 Arbeitern und Arbeiterinnen erfaßt. Die Betriebs- und Gewerbezählung erfaßte im gleichen Jahre jedoch 1264 Betriebe. Darin sind aber 547 Betriebe enthalten, die entweder gar keine oder unter 5 Arbeitnehmer beschäftigten. Ziehen wir diese Betriebe von der Gesamtsumme ab, dann bleibt eine Differenz von 136 Betrieben, die sich dadurch erklärt, daß bei der Berufs- und Gewerbezählung eine Anzahl Firmen mit erfaßt wurden, die tatsächlich nicht als Konservenfabrik, sondern als Handelsbetrieb angesehen werden konten. Die Zahl der erfaßten Beschäftigten betrug nach der Berufs- und Gewerbezählung 24 489. Davon sind in den von der Gewerbeinspektion nicht erfaßten Kleinbetrieben 1345 Arbeitnehmer beschäftigt. Es verbleiben somit nach der Berufs- und Gewerbezählung 23 144 Arbeitnehmer. Bei der Berufs- und Gewerbezählung sind aber auch die Angestellten mitgezählt, während nach den Berichten der Gewerbeinspektoren von uns nur die Arbeiter und Arbeiterinnen berücksichtigt sind. Stellen wir dieses in Rechnung, dann decken sich die Zahlen der Gewerbeinspektoren ungefähr mit den Zahlen der Berufs- und Gewerbezählung. Seit dem Jahre 1925 hat sich die Konservierungsindustrie nach den Berichten der Gewerbeinspektoren wie folgt weiterentwickelt:

Zahl der Betriebe und Beschäftigten:

Jahr	Betriebe: Mit 5—50 Beschäftigten: Betriebe	Beschäftigte	Mit über 50 Beschäftigten: Betriebe	Beschäftigte	Gesamtsumme: Betriebe	Beschäftigte
1926	749	7549	137	16 966	616	24 515
1927	480	8025	156	20 725	636	28 750
1928	495	8449	175	23 451	670	31 900

Es hat sich sowohl die Zahl der Betriebe wie auch der Beschäftigten seit 1926 bedeutend erhöht. Die Steigerung bei den Betrieben ist aber nicht so stark wie bei der Beschäftigtenzahl. Da auch in der Konservenindustrie in den letzten Jahren die Betriebe technisch bedeutend verbessert worden sind, ergibt sich, daß die Produktion in der Konservenindustrie seit 1926 stark gestiegen ist. Die Steigerung hat auch noch im Jahre 1929 angehalten. Im Jahre 1930 wird allerdings über einen erheblichen Rückgang geklagt, der aber in erster Linie auf Überfüllung des Marktes aus der Überproduktion des Jahres 1929 zurückzuführen ist. Außerdem ist die Kaufkraft der Massen durch die Wirtschaftskrise stark geschwächt. Die Zahlen sind aber auch noch nach einer anderen Seite interessant. Sie zeigen recht deutlich die weitere Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb. Hatten wir 1926 noch 479 Klein- und Mittelbetriebe mit 7549 Beschäftigten und nur 137 Großbetriebe mit 24 515 Beschäftigten, so haben sich die Dinge zugunsten des Großbetriebes bedeutend verschoben. Wohl haben die kleinen Betriebe auch noch um 16 zugenommen, auch ist die Zahl der Beschäftigten in den letzten drei Jahren in den kleineren Betrieben noch um 900 gestiegen. Jedoch gibt die Zahl der Großbetriebe ein ganz anderes Bild. Hier stieg die Betriebszahl um 38, die Zahl der Beschäftigten aber stieg um 6485. Die Entwicklung zum Großbetrieb hat also starke Fortschritte gemacht. Die Gesamtzahl der Beschäftigten stieg in den letzten drei Jahren von 24 515 auf 31 900. Ziehen wir die im Jahre 1928 in der Gesamtbeschäftigtenzahl mitgezählten Angestellten ab, dann ergibt sich, daß in diesen Gruppen insgesamt 28 279 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Nimmt man an, daß die einzelnen Untergruppen an der Gesamt-Beschäftigtenzahl prozentual noch so beteiligt sind wie im Jahre 1925, dann ergibt sich, daß die Obst- und Gemüsekonserven- und Marmeladen-Industrie im Jahre 1928 nach den Berichten der Gewerbeinspektoren rund 24 200 Arbeiter und Arbeiterinnen zählt. Zu dieser Zahl wären nun wiederum die zahllosen Kleinbetriebe hinzuzurechnen, in denen 1925 noch rund 1200 Arbeitnehmer tätig waren. Man kann also die Zahl der Beschäftigten in der Obst- und Gemüsekonserven- und Marmeladen-Industrie auf gut 25 500 schätzen. Es ist also seit dem Jahre 1925 gerade bei diesen beiden Gruppen eine starke Steigerung bei der Zahl der Beschäftigten festzustellen.

Wie sich die Zahl der Betriebe und die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen seit 1925 in den einzelnen Staaten innerhalb des Deutschen Reiches entwickelt hat, darüber geben nachstehende Zahlen Aufschluß.

1925 waren Betriebe und Beschäftigte (ohne Angestellte) vorhanden:

Landesteil:	1925 Zahl der Betriebe	Beschäftigt.	Durchschn. pro Betr.	1928 Zahl der Betriebe	Beschäftigt.	Durchschn. pro Betr.
Preußen	299	8797	29,4	359	12 210	34
Bayern	42	1110	26,4	48	1 017	21,2
Freistaat Sachsen	59	1342	22,7	67	1 887	27,9
Württemberg	15	566	37,7	15	805	53,6
Baden	21	1393	66,3	17	1 165	68,6
Thüringen	7	126	18	7	165	23,6
Hessen	27	2134	79	36	2 872	79,8
Hamburg	14	131	9,3	26	575	22,1
Mecklbg.-Schwerin	3	47	15,6	2	110	55,0
Oldenburg	3	139	46,3	2	86	43
Braunschweig	68	5710	84	69	6 570	95,3
Anhalt	7	117	16,7	5	116	23
Bremen	5	72	14,4	4	84	21
Lippe	5	176	35,2	6	143	24
Lübeck	5	182	36,4	6	428	71,3
Mecklbg.-Strelitz	1	40	40	1	66	66

Aus vorstehenden Zahlen ergibt sich, daß eine erhebliche Verschiebung in der Konservenindustrie innerhalb des Deutschen Reiches in den letzten Jahren Platz gegriffen hat. So hat in Preußen die Zahl der Betriebe um 60, die Zahl der Beschäftigen um 3510 zugenommen. Die zweitgrößte Zahl bei der Steigerung der Beschäftigten weist Braunschweig auf. Die Zahl der Betriebe ist hier nur um einen gestiegen. Das deutet auf eine starke Entwicklung zum Großbetrieb hin. Im Freistaat Hessen ist sowohl die Zahl der Betriebe wie auch die Zahl der Beschäftigten gestiegen. Die Durchschnittszahl der Beschäftigten pro Betrieb ist hier fast gleich geblieben. Daraus könnte der Schluß gezogen werden, daß Großbetriebe nicht entstanden sind. Das trifft aber nicht zu. Im Mainzer Gebiet bestanden früher eine große Anzahl kleinerer und mittlerer Betriebe, sie sind z. T. verschwunden, z. T. bedeutungslos geworden. Dafür hat sich die Helvetia in Gr.-Gerau immer mehr zu einem Großbetrieb entwickelt, der während der Hauptbetriebszeit 500 und mehr Beschäftigte zählt. Dieser eine Betrieb zählt also über den sechsten Teil der Beschäftigten in Hessen überhaupt.

Im Freistaat Sachsen ist die Zahl der Betriebe um acht zurückgegangen, die Zahl der Beschäftigten ist um 525 gestiegen, die Entwicklung zum Großbetrieb ist ohne weiteres sichtbar. In Bayern ist die Zahl der Betriebe gestiegen, die Zahl der Beschäftigten aber zurückgegangen, während Baden, sowohl bei den Beschäftigten wie auch bei den Betrieben, einen Rückgang aufweist. Das gleiche trifft für Oldenburg zu. Bei den übrigen Staaten sind die Verschiebungen nicht wesentlich. Eine erhebliche Steigerung weist aber die Zahl der Beschäftigten in Württemberg, Hamburg und Lübeck auf. Im großen und ganzen ist eine Verschiebung der Produktion vom Süden nach dem Norden und Osten festzustellen.

Innerhalb des Freistaates Preußen haben sich in den letzten Jahren ebenfalls bedeutende Wandlungen vollzogen. Genaue Zahlen hierüber liegen nicht vor. Aber die Provinz Sachsen hat sich immer mehr zu einem starken Gebiete der Konserven-Industrie entwickelt. Dafür ist das Gebiet Potsdam, Werder, Berlin ziemlich zurückgegangen. Das typische Land für die Konserven-Industrie ist und bleibt Braunschweig. Ihm folgen die Provinz Sachsen, Freistaat Sachsen, Hannover und Hessen. Summarisch kann gesagt werden, daß in der Konserven-Industrie in den letzten Jahren erhebliche Verschiebungen bei der Produktion in den verschiedensten Gebieten des Deutschen Reiches stattgefunden haben. Die Ursache hierfür ist zu einem Teile darin zu suchen, daß sich die Anbaugebiete für die verschiedensten Rohstoffe ebenfalls verschoben haben. Auch spielen die Absatzgebiete eine, wenn auch geringere, Rolle. Insgesamt aber hat sich die Konserven-Industrie in den letzten Jahren gut entwickelt. Hierin ist in diesem Jahre eine Stockung eingetreten. Hoffen wir, daß die Stockung bald wieder überwunden wird. E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Zur Entwicklung der Puppenindustrie.

Die Geschichte der Puppe beginnt mit der Geschichte der Menschheit. Die antike Geschichte erwähnt bereits Puppenherstellung aus Rohstoffen verschiedener Art. Die Hersteller waren da in der Regel die Eltern, später die Sklaven und noch später die Handwerker.

Das verflossene Vierteljahrhundert ist für die Puppe eine Zeitepoche mit Anhäufung von Wandlungen und Neuerungen geworden wie nie zuvor. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert finden wir in der Hauptsache drei wichtige Puppengattungen: die Kugelgelenkpuppe, die Steifgelenkpuppe und die gestopfte Puppe. Den Vorzug genießt die Doppelgelenkpuppe mit einem festen Körper aus Papiermaché oder Pappe, mit Porzellanbiskuitkopf, mit Gelenken, die durch Kugeln und Schüsseln ausgiebigste Bewegungen zulassen. Als Vorbild gilt in Hinsicht auf Kopf und Körper ein Mädchen im Alter von etwa zwei Jahren. Die Puppe trägt richtiges Haar, hat Glasaugen, die alle Bewegungen vortäuschen, kann die verschiedensten Namen, wie „Papa", „Mama", „Mimi", „Emmy", „Emma", „Marie" usw., rufen. Die Sprechbegabung ist manchmal noch weiter entwickelt. Ein eingebautes Grammophon befähigt die Puppe, Märchen zu erzählen, Rätsel aufzugeben und zu lösen, ein Liedchen zu singen usw. Die Bekleidung ist mit dem Fehler behaftet, daß man den Körper, der kindlichen Charakters ist, mit der Garderobe einer Dame behängte, den Kleinmädchenkopf mit einer Damenfrisur herausputzte. So wurde die Puppe gewünscht, namentlich von dem Hauptabsatzgebiet, den USA. Eine noch schlimmere Geschmacklosigkeit ergab sich aus den Bestrebungen, dem amerikanischen Kunden auf seinen Wunsch eine möglichst große Puppe für möglichst wenig Geld zu verschaffen. Die sogenannten gestreckten Puppen kamen auf und verunglimpften als ungewollte Karikaturen das ganze Puppengeschlecht.

Die Steifgelenkpuppe ist nach Kopf, Körper, Auge, Frisur und nach der Ausstattung der Kugelgelenkpuppe ähnlich. Arme und Beine haben je ein Gelenk, und mit diesem läßt sich eine einfache Bewegung vor- und rückwärts ausführen, Drehbewegungen sind unmöglich. Steifgelenkpuppen gibt es in kleineren und mittleren Größen.

Die gestopften Puppen gab es in zwei Arten: mit hart- und weichgestopftem Körper. Hartgestopfte Körper enthielten Sägespäne. Das Stopfmaterial wurde mit Trichter und Stopfholz in den Überzug hineingepreßt. Die Umhüllung bestand bei den besseren Qualitäten aus Schafleder, bei billigeren Waren aus Lederimitation und Stoffen. Die weichgestopften Puppen enthielten als Stopfmaterial Holzwolle, Heu, Stroh oder Stopfhaare. Die sogenannten Haardocken hatten große Ähnlichkeit mit den heutigen weichgestopften Qualitätspuppen.

Die Balgpuppe hatte den Vorzug großer Haltbarkeit und war bei den Kindern beliebt wegen der Weichheit der Körper und Glieder. Arme und Beine waren anfangs nicht mit besonderen Bewegungsvorrichtungen versehen, wurden aber später mit Gelenken ausgestattet, die eine Bewegung, ähnlich der der Steifgelenkpuppe, ermöglichten. Auch damals schon stellte man als Spielzeug für die ganz kleinen Kinder Puppen her, bei welchen alle Teile — also auch der Kopf — weichgestopft waren.

Der Puppenkopf ist ein Kapitel für sich. Verschiedene Materialien dienten zu seiner Herstellung. Das Feld beherrschte jedoch der Porzellankopf. Der große Bedarf in diesem Artikel drängte zur Massenherstellung und damit zur Normierung. Es entstand der stereotype Universalpuppenkopf mit dem ewig lächelnden Gesichtsausdruck, nichts Künstlerisches, aber von den Hauptabsatzgebieten verlangt. Versuche, einen individuellen Puppenkopf zu schaffen, wurden des öfteren vorgenommen. Meistens blieb es bei den Versuchen. Im Jahre 1908 erließ die Firma Hermann Tietz (München) ein Preisausschreiben zur Schaffung eines ausdrucksvollen, lebenswahren Puppenköpfchens in künstlerischer Auffassung. Zu dieser Wettbewerbsausstellung lieferten eine Reihe Künstler Puppen, die in ihrer Eigenart gänzlich vom Gewohnten abwichen. Ein Teil der Originale befindet sich in der Puppenabteilung des Sonneberger Spielzeugmuseums. Für die Bewegung war der Boden günstig vorbereitet. Die moderne Kindererziehung stand unter dem Eindruck des Schlagwortes: „Kind und Kunst". Die Reform-, Charakter- oder Künstlerpuppe fand Aufnahme.

Käthe Kruse und andere werteten die Neuerung in der Puppenherstellung als erste fabrikationsmäßig aus. Die Käthe-Kruse-Puppe wird heute noch allgemein als bestes deutsches Puppenerzeugnis auf dem Gebiete der sogenannten Künstlerpuppe geschätzt.

> **Die Produktionsmittel im Dienste und im Besitz des Volkes.**
>
> **Die Maschine ist einerseits eins der mächtigsten Instrumente des Despotismus und der Aussaugung in den Händen der Kapitalisten geworden. Andererseits ist die Entwicklung der Maschinerie die notwendige Bedingung zur Aufrichtung eines wahrhaft sozialen Systems der Produktion an Stelle des Lohnarbeitsystems. Die Maschinen werden nur dann wahre Dienste dem Arbeiter leisten, wenn eine gerechtere Organisation sie in dessen Besitz gebracht haben wird.**
>
> Marx.

Nicht nur die alljährlichen Weihnachtsausstellungen der Großstadtwarenhäuser machten die Öffentlichkeit mit den Puppenneuheiten bekannt, sondern auch andere Kreise hielten es für ihre Aufgabe, durch Schaustellungen guter Erzeugnisse Hersteller und Einkäufer geschmacklich zu bilden. Unter diesem Zeichen standen: die Puppenschau im Kunstgewerbemuseum zu Breslau im November 1911, die Internationale Puppenausstellung in Frankfurt a. M. im November 1912, die Ausstellung für volkstümliche Weihnachtskunst in Chemnitz im Dezember 1912, die Ausstellung „Das Kind" 1913 in Berlin, die Dresdener Jahresschau für Spiel und Sport und andere Veranstaltungen.

Die Thüringer Puppenstädte Waltershausen, Sonneberg und das bayerische Neustadt haben an der Entwicklung der Puppe in den letzten 25 Jahren getreulich mitgeschafft. Neben erstklassigen teuren Erzeugnissen stellen sie von jeher auch für solche Einkäuferkreise, die mit dem Pfennig rechnen müssen, Ware her.

Die Waltershäuser Gelenkpuppen hatten vor etwa 25 Jahren nur sehr wenig Modelle. Es hatte sich langsam ein Typ herausgebildet; Unterschiede lagen nur in den mehr oder weniger besser modellierten Formen und der guten bzw. schlechten Qualität, so daß es auch darin erstklassige und zweitklassige Puppen gab.

Eine gewaltige Umänderung kam in die Puppenindustrie hinein, als die größte Waltershäuser Fabrik, der Zeitströmung des Realismus und Naturalismus folgend, mit Hilfe namhafter Künstler, z. B. Professor Louis Funke, ein ganz realistisches Sitzbaby schuf, mit einem ganz charakteristischen Säuglingskopf, das eine plötzliche Umwälzung der ganzen Puppenindustrie mit sich brachte.

Der naturalistische Babykörper und -kopf fanden reißenden Absatz. Dieses Baby ist mit der Zeit Gemeingut der gesamten Puppenindustrie geworden.

Dem Sitz- folgte das Stehbaby mit nach der Natur gewähltem Kopf, allerdings ohne natürliche Haare und Schlafaugen. Allmählich aber wollten die Kinder durchaus wieder die Schlafaugen und die Haare haben, da sie eben doch mehr Spielmöglichkeiten gaben, und man ging wieder von den sogenannten Charakterköpfen ab und schuf Kopfmodelle, die eine Anbringung von künstlichen Haaren und Augen aus Glas zuließen.

Bis jetzt hat sich die Puppenindustrie so entwickelt, daß die unzerbrechlichen Puppen die zerbrechlichen — verdrängten. Porzellan trat zurück; Zelluloid in den Vordergrund, neben Zelluloid auch Stoffe aller Art. H. Elflein.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Sprachkurse. Anfang Oktober beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Kurse für Fortgeschrittene eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch" (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungünstiger Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden. Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mark erhoben. Erwerbslose Kursusteilnehmer zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W 35, Potsdamer Straße 52.

Güstrow (Mecklenburg). Am Sonntag, dem 31. August, konnte unsere Zahlstelle ihre Fahnenweihe in würdiger Form begehen. In dieser Feier waren nicht nur zahlreiche Zahlstellen aus dem Bezirk Mecklenburg erschienen, auch die Zahlstellen Stettin und Ückermünde hatten es sich nicht nehmen lassen, an unserer Feier teilzunehmen. Auch weitere Güstrower Gewerkschaften unterstützten uns durch ihre Teilnahme. In der Mittagsstunde formierte sich im „Tivoli" ein imposanter Festzug, der zum Marktplatz marschierte, um dort die Weihe der neuen Fahne vorzunehmen. Nach einer Begrüßung auf dem Markt durch den Kollegen Wegner brachte der Arbeitergesangverein die Uthmannsche „Frühlingsbotschaft" wirkungsvoll zu Gehör. Kollege Mädge (Rostock) hielt die Weiherede. Die Fahne werde der Zahlstelle das Symbol sein, damit die Worte „Vereinzelt sind wir nichts, vereint sind wir alles", die auf der Fahne geschrieben stehen, zur Wahrheit werden. Mit dem Endspruch des Uthmannschen Chores „Lord Foleson": „Das Banner muß stehen, wenn der Mann auch fällt", übergab Kollege Mädge dem Fahnenträger, Kollegen Steinfeldt, die neue Fahne. Die Kollegin Else Haase sprach hierauf sehr wirkungsvoll einen der Feier entsprechenden Prolog. Kollege Wiesenhütter (Stettin) überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes. Artur Krüger.

Rundschau.

Werkvereine und Unternehmer.

Dem gutgläubigen Reichsarbeitsgericht empfehlen wir die Lektüre des nachfolgenden Schreibens des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, e. V., an eine Firma in Brandenburg. Das Schreiben ist im Vervielfältigungsverfahren auf Kopfbogen hergestellt, also offensichtlich allgemein an die Unternehmer versandt worden. Es ist datiert vom 25. März 1929 und lautet:

„Nach den Ergebnissen der Beru' ung vom 16. Juni 1928 gibt es in Deutschland 15 759 339 Arbeiter. Im Jahre 1927 waren 4 923 852 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, mithin umfassen die Gewerkschaften nur 32 Prozent der deutschen Arbeiterschaft! Gegenüber den Gewaltakten der Gewerkschaften, den deutschen Arbeiter und die deutsche Wirtschaft restlos in eine gewerkschaftliche Zwangsjacke zu bringen, wird in der deutschen Industriearbeiterschaft der Kampf am entschlossensten und erfolgreichsten vom R. v. A. geführt.

Wir richten die Bitte an Sie, Sie möchten die in der Anlage überreichten Drucksachen entgegennehmen und diese einer persönlichen und kritischen Durchsicht unterziehen. In den Drucksachen selbst finden Sie gewerkschaftlich-sozialistische Pressestimmen zu dem bedeutsamen Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 9. Februar, welches die Tariffähigkeit ordnungsgemäß gegründeter und geleiteter Werkvereine ausgesprochen hat. Sie finden ferner einen Bericht über eine weitere Feststellungsklage, die seitens des R. v. A. gegenüber einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Arbeitsministers angestrengt worden ist. Die letztere Allgemeinverbindlichkeitserklärung sollte zugunsten einer äußerst schwachen Minorität von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Werkstarifverträge abdrosseln.

Indem wir gern hoffen, daß unsere heutige Zustellung Ihnen nicht unerwünscht ist, betonen wir, daß wir zu weiteren Auskünften gern zur Verfügung stehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, e. V.
Der Vorsitzende: Wilh. Schmidt."

Hieraus kann das Reichsarbeitsgericht ersehen, was gedruckte Statuten der Werkvereine wert sind. Eine „unabhängige" Organisation, die sich den Unternehmern gern zur Verfügung stellt, weil sie weiß, daß solche gelbe Vereine den Unternehmern „nicht unerwünscht" sind. Der „Reichsbund", der noch nicht ein halbes Prozent der Arbeiter zu meist unfreiwilligen Mitgliedern hat, lacht sich ins Fäustchen über die Naivität der Juristen des Reichsarbeitsgerichts und weiß, wie auch die Unternehmer sich darüber freuen. Er weiß es, denn er ist mit ihnen ein Herz und eine Seele. „Vorwärts".

Literarisches.

„Tiere, Sonnen und Atome". Das Wissensgebiet, das Kurt Biging in seinem jetzt bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, erschienenen Werke „Tiere, Sonnen und Atome", aus der Entwicklungsgeschichte der Welt und ihrer Bewohner, in Leinen 3 Mk., dem Leser unterbreitet, ist sonst in einer gewaltigen Literatur niedergelegt, die sich auf zahlreiche Geistesprovinzen erstreckt. Seit Haeckel, Bölsche und Günther ist kein nennenswerter Versuch unternommen worden, die Entwicklungslehre in ihren sämtlichen Unterabteilungen allgemeinverständlich darzustellen. Biging vermeidet die fachgelehrte Breite ebenso wie die reizlose Kürze des wissenschaftlichen Glaubenssatzes. Er gibt keine lehrbuchmäßige Darstellung, sondern lockert die ganze Masse in Einzelstücke auf, deren jedes für sich allein gelesen werden kann, in sich abgeschlossen bleibt und doch in den Reigen des Ganzen gestellt ist. Man braucht dieses Buch nicht systematisch durchzuackern, man kann es etappenweise lesen und wird zum Schluß doch ein abgerundetes Bild erhalten. So ist es gelungen, ein Buch zu schaffen, das umfassend schildert, ohne zu beängstigender Dicke anzuschwellen, und kurz dazu, ohne daß nur Einzelheiten mechanisch an den Fingern hergezählt werden.

Der Anfang eines Künstlerlebens. Der Worpsweder Maler Uphoff hat sich nicht nur in der bildenden Kunst, sondern auch in der Literatur betätigt. Sein erster bisher unveröffentlichter Roman erscheint jetzt im Verlag der Büchergilde Gutenberg, Berlin: „Anfang eines Lebens", in Leinen Preis 3 Mk. Dieses Werk ist die Jugendgeschichte eines Malers, der aus ärmlichen Verhältnissen kommt und sich durch die Enge eines kleinbürgerlichen Milieus und eines Beamtenstaates zur Freiheit des persönlichen Schaffens durchkämpft. Sein Interesse für die soziale Kunst entfremdet ihn allmählich seinen Gönnern und Verwandten, und als er ein Drama schreibt und es zur Aufführung bringt, wird die Trennung vollständig, und der offene Kampf zwischen Bürgertum und Künstler tobt sich aus. Die ganze Freundschaft geht in die Brüche. Der Roman ist eine Selbstbiographie voll Ironie, die nicht vor der eigenen Figur haltmacht. Eine köstliche Lebensweisheit steht wie ein Lächeln zwischen den Zeilen, aber man spürt es, daß sie bitter erkämpft wurde. Das Werk ist reich an vielen Schönheiten, besonders das Kapitel vom Tod der Mutter bleibt unvergeßlich. Nicht minder köstlich ist es, wenn das Temperament Uphoffs losbricht und die zimperliche Zierlichkeit der kleinbürgerlichen guten Stube dabei in Scherben zerschlägt. — Die Büchergilde Gutenberg hat gut getan, Uphoff das Wort zu geben, und es ist zu erwarten, daß der Autor nicht bei dieser ersten Veröffentlichung stehenbleibt.

A. M. de Jong: „Im Strudel". „Mereontje Geysens Kindheit" IV. Roman aus dem Holländischen übertragen von Fr. und M. Grünberg. 298 Seiten. Ganzleinen. Verlag: „Der Bücherkreis", G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7. 1930. Preis 4,80 Mk. (für Mitglieder Sonderpreis). Dies ist der Schlußband von „Mereontje Geysens Kindheit". Liest man ihn und hält man in Gedanken noch einmal Rückschau über das Gesamtwerk (vorher gingen die Bände „Verrat", „Der seltsame Küster" und „Einfältige Kinder"), so tritt noch deutlicher als bei der Lektüre der Einzelbände hervor, mit welcher psychologischen Meisterschaft de Jong die äußere und innere Entwicklung seines kleinen Helden Mereontje aufgezeichnet hat. Man versteht daher auch, daß dieses Werk eines sozialistischen Dichters einen so riesigen Erfolg erzielen konnte. „Mereontje Geysens Kindheit", vor allem aber der Schlußband „Im Strudel", kann nicht dringend genug empfohlen werden. Man wird oft herzlich lachen beim Lesen dieser herrlichen Bücher, aber oft wird man auch tief erschüttert sein. Wer die Jugend liebt, muß seine Bibliothek um diese wundervolle Kindheitsgeschichte bereichern.

Änderungen in der Krankenversicherung. Mit Begründung, Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen. 2. Auflage. Von Helmut Lehmann. Preis 1,90 RM. broschiert. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. In der gesetzlichen Krankenversicherung sind durch die bekannte Notverordnung einschneidende Veränderungen vorgenommen worden. In der vorliegenden Schrift hat Helmut Lehmann, geschäftsführender Vorsitzender des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, diese neuen Vorschriften in klarer, übersichtlicher Form den bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen gegenübergestellt. Außerdem ist der Zweck der einzelnen Paragraphen erläutert worden. Die Schrift ist ein zuverlässiger, sicherer Ratgeber bei der praktischen Durchführung der Änderungen in der Krankenversicherung. Die zweite Auflage ist erheblich erweitert worden. Sie gehört in die Hand aller derjenigen, die irgendwie mit der Durchführung der Krankenversicherung zu tun haben. Sie soll dazu beitragen, den Vorständen die Aufgabe zu erleichtern, die neuen Vorschriften im sozialen Geist anzuwenden.

„Die Arbeit", Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 1930, Heft 8. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk. Das Augustheft bringt eine Abhandlung von Jakob Marschak über „Löhne und Ersparnisse". Bruno Gleitze veröffentlicht einen Artikel „Der Streit um die Höhe des deutschen Volkseinkommens". Jenny Radt schreibt über das Thema „Der Einzelhandel im Licht der Enquetevernehmungen". Georg Berger (Bochum) beschäftigt sich mit der internationalen Wirtschaftspolitik. Aloys Müller schreibt über „Reform und Ausbau der bäuerlichen Erziehung und Wirtschaftsberatung". In der „Rundschau der Arbeit" ist eine Veröffentlichung von H. Arons: „Politik gegen Wirtschaft", erfolgt; außerdem ist eine interessante Schriftenübersicht beigefügt.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. Die September-Nummer der „Gesundheit" enthält einen wichtigen Aufsatz über „Änderungen in der Krankenversicherung", der für alle Krankenversicherten und deren Familienangehörigen von größter Bedeutung ist. Auch sonst enthält die Nummer wieder mehrere Abhandlungen hygienischer Art. Die September-Nummer ist, wie ihre Vorgängerin, wieder ausgezeichnet illustriert. Sie wird von den meisten Krankenkassen an den Schaltern unentgeltlich an ihre Mitglieder abgegeben und kann als Lektüre bestens empfohlen werden.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Geburtstagsfreuden.

Verwechslungen kommen sehr häufig vor, jedoch die Wirkungen sind sehr verschieden und haben, soweit Medizin am Krankenlager in Frage kommt, mitunter höchst unerfreuliche Erscheinungen hervorgerufen.

Das folgende wahre Geschichtchen hatte humoristische, allseitig belachte Wirkungen. Und um auch den Lesern einen vergnügten Augenblick zu bereiten, will ich dasselbe der Nachwelt nicht vorenthalten.

Dicht an der böhmischen Grenze, unweit eines bekannten Wallfahrtsortes, lebt ein sparsames Ehepaar, dessen weiblicher Teil namens Hedwig auf den Gedanken kam, ihrem Lebensgefährten Bruno eine besondere Überraschung zu bereiten und ihm einen Geburtstagskuchen zu seinem 70. Wiegenfeste zu backen. Die notwendigen Zutaten waren bereits vorrätig, und es fehlte nur die zum Backprozeß erforderliche Hefe. Diese zu beschaffen, erhielt Bruno den Auftrag, den er auch prompt erledigte. Auf seinem Wege zur Konsumvereinsverkaufsstelle besinnt sich Bruno, daß er auch Fensterkitt benötigt, und nachdem er auch diesen im Besitz hatte, trollte er stillvergnügt nach seinem Heim. Unterwegs dachte er daran, daß er schon eine kleine Vorfeier veranstalten könnte, um so mehr, als er einen schönen Durst verspürte. Deshalb gelang es ihm auch nicht, an der am Wege befindlichen Gaststätte vorbeizugehen. Es blieb nicht bei einem, sondern es wurden mehrere Gläschen Bier, so daß er kreuzfidel seinem Heim zusteuerte, wo ihn Hedwig schon sehnsüchtig erwartete. Bruno leerte seine Taschen und gab unbesehen seiner Gattin ein Paket, dessen Inhalt sofort in das bereits gemischte Produkt verschwand. Eifrig mengt und walkt Hedwig, und nachdem der Teig endgültig zum Backprozeß bereit ist, verschwindet er im Ofen. Voller Spannung besieht sich die vorsorgliche Gattin nach Beendigung der vorgeschriebenen Zeitspanne, die das Gebäck braucht, um recht knusprig zu werden, ihr Produkt und muß feststellen, daß es eine sehr bedenkliche Farbe aufweist. Sie probiert nicht nur einmal, aber auch durch mehrmaliges Kosten bleibt der merkwürdige Geruch und Geschmack nicht aus. Und sie geht mit einer Kostprobe zum Nachbar, einem Mitglied des Vorstandes vom Konsumverein, um auch dessen Urteil zu hören. Dieser stellt fest, daß der Kuchen nach Firnis schmeckt, worauf Hedwig, die ihr Geburtstagsgeschenk verpfuscht sah, ein Lamento gegen den Konsumverein anhebt, der die schlechte Hefe lieferte.

Unterdessen suchte Bruno seinen Fensterkitt, um endlich einmal eine Fensterscheibe einzusetzen, die schon längst hätte erneuert werden müssen. Er entnahm dem Paket die graue Masse und schmierte unaufhörlich, doch das Zeug wollte nicht kleben, so daß er zuletzt wutentbrannt alles zur Seite legte. Doch Hedwig sah, daß Brunos Arbeit nicht vorwärts kam und folgerte daraus, daß etwas nicht stimmen könne. Sie befühlt und beschnuppert das graue Etwas, und langsam fängt es an zu dämmern, wohin der Fensterkitt seinen Weg genommen hat. Grausam, wie Frauen nun manchmal sind, geht ein furchtbares Donnerwetter über den armen Bruno los, der angeblich nur geboren wurde, um seine unfehlbare Lebensgefährtin bis ins hohe Alter zu ärgern. Doch auch Bruno kann nachweisen, daß er unschuldig ist, und schweren Herzens greift Hedwig zum zweitenmal ins Portemonnaie, um selbst dem Konsumvereinsladen einen Besuch abzustatten, damit nicht noch mal ein Irrtum vorkomme. Das zweite Produkt fiel dann zur größten Zufriedenheit aus.

Der Geburtstag wurde noch gemütlich gefeiert. Nur das Wort Fensterkitt durfte längere Zeit nicht fallen, wenn sich Hedwig nicht ärgern sollte.

O. Röthig.

Das Auto und das Fahrrad.

Ein modernes Märchen.

In einer Garage standen ein Auto und ein Fahrrad. Das Auto gehörte dem Fabrikbesitzer und blitzte und funkelte nur so. Das Fahrrad aber war Eigentum des Chauffeurs und von Rost und Schmutz arg mitgenommen. Breit und protzig stand das Auto da und vergönnte dem armen Fahrrad in der Ecke keinen Blick. Dem wurde es zu langweilig, und so sagte es zum Auto: „Eine langweilige Herumsteherei, nicht wahr, Herr Kollege?" „Hat sich was mit Kollege", gab verächtlich das Auto zur Antwort. „Na, na, nur nicht so hochnäsig, Verehrtester", spöttelte das Fahrrad. Jetzt wurde das Auto zornig, und wütend schrie es: „Was sich das Lumpenpack nicht alles einbildet, mich Kollege zu nennen, mich, ein sechszylindriges Auto vom neuesten Typ. Ich fahre einhundertundzwanzig Kilometer und der arme Tropf von Chauffeur muß sich abtrampeln, um aus diesem vorsintflutlichen Gefährt zwanzig herauszubringen, und das nennt sich Kollege." Sichtlich schaudert hielt das Auto inne und betrachtete das arme Fahrrad mit wütenden, verächtlichen Blicken. Doch dieses erwiderte ruhig: „Ob hundert oder zwanzig Kilometer. Mein Herr ist froh, daß er mich hat und die lange Strecke von und nach der Arbeit nicht zu laufen braucht. Ihrem Herrn, Verehrtester, wäre das Laufen dagegen gesund, und Sie sind eigentlich deshalb recht überflüssig." „So eine Frechheit", kreischte das Auto, „ich und überflüssig, wo ich glatte dreißigtausend Mark gekostet habe." „Sie können noch so viele Vorteile besitzen," erwiderte lächelnd das Fahrrad, „zweierlei habe ich Ihnen doch voraus, Verehrtester. Erstens braucht mich mein Herr sehr notwendig, was man von Ihnen nicht behaupten kann. Zweitens hat mein Herr, ein armer Teufel, wochenlang gespart und mich bar bezahlt. Dagegen Ihr Herr, Verehrtester, ist, soviel ich weiß, noch zwanzigtausend Mark für sie schuldig." Dem Auto blieb vor Wut die Spucke weg. Es war gut, daß jetzt der Herr Fabrikbesitzer hereinkam, das Auto anknurbelte und davonfuhr, sonst wäre es dem armen Fahrrad schließlich schlecht ergangen. Nicht gut war es für den Herrn Fabrikbesitzer, denn auf der Landstraße platzte dem Auto vor lauter Wut ein Reifen, und der Herr Fabrikbesitzer wurde an einen Baum geschmissen, daß er wochenlang im Krankenhaus liegen mußte. Das Auto ging in tausend Trümmer; das Fahrrad hat seinem Herrn noch jahrelang gute Dienste geleistet.

Prama.

Der Moorkönig.

Erzählung von Friedrich Schlieker.

Fernab vom Lärm der Welt, umschlossen von Föhrenwaldung, Urheide und Moor, liegt Marsehle. Karg ist der Boden, voller Mühsal das Leben der Bewohner. Wo ein Bauernhaus, umgeben von Eichenkamp, Wiese und Äcker, verträumt daliegt, kann es erzählen von Arbeit und zähem Sinn. Da ist keine Kinderhand, die nicht schon ihr Stück Arbeit zu verrichten fände, und wenn ein Mädchen auf einen Hof freit, steht es vor sich ein Feld liegen, auf dem mühsames Wirken kein Ende nimmt. Emsighaft treiben die Männer und Frauen und Kinder von Marsehle ihr Tagwerk, als wär's ein Gottesdienst, und mit unverdrossenem Ernst feiern sie ihre Feste, laut und derbe, als wären auch sie Dinge, denen man mit voller Kraft zu Leibe gehen muß.

In solchem Lebenskreise war auch Kampmanns Fritz jung gewesen und alt geworden. Sie nannten ihn weit und breit nur den Moorkönig. Daß er den Namen mit gewisser Berechtigung trug, das hatte er neben seiner eigenen Schaffenskraft vor allem seiner Frau zu danken. Die ganzen langen Jahre ihrer Ehe hindurch war sie ihm eine tüchtige, unermüdlich schaffende Bäuerin gewesen. Wer das weite, behäbige Gehöft liegen sah, das hinter einem Hain ragender Hofeichen sich selbstzufrieden dehnte, der mochte nicht ahnen, wie bescheiden und mühselig die beiden angefangen hatten. Kampmanns Fritz stammte von einem kärglichen Heidhofe, den der älteste Bruder gekriegt hatte. Der zweite, etwas beschränkte Junge war auf einem großen Hofe Schäfer geworden, und Fritz hatte, nachdem er in Celle bei den Soldaten gedient hatte, vorerst im Dorfe Stellung als Knecht angenommen. Er mußte sich auf eine gute Heirat verlassen und hielt seine blanken Augen offen. Im weiten Umkreise versäumte er denn auch keine Tanzmusik, und da er ein fixer Bursche war, lauerten die Deerns alle mit heißen Augen, daß er sie zum Tanz holen sollte.

Manches schmucke Mädchen hatte es ihm schändlich übelgenommen, als er nach sorgsamer Umschau schließlich die lange Greitke als seine Frau heimführte. Schönes war an ihr recht wenig zu finden, und die beiden waren immer ein absonderliches Paar gewesen, der frische, sturnackige Fritz und sein lang aufgeschossenes Eheweib mit den unbeholfenen Armen am schlaffen Körper und dem grobgeschnittenen gelben Gesicht. Doch Fritz Kampmann war überzeugt, die rechte Wahl getroffen zu haben. Er war von Natur einer, dem die Groschen lose saßen, und sein gesunder Bauerninstinkt sagte ihm, daß er eine Frau haben müsse, die das Geld zu schonen verstand. Zudem war sie dafür bekannt, daß sie auf dem Moore zu schanzen wußte wie nur irgendein junger Kerl. Das war Arbeit, die immer blankes Geld brachte. Das Entscheidende aber war für den jungen Kampmann folg des Erlebnis gewesen: Als er bei dem Tanzgelage wieder einmal all sein Geld vertan hatte, machte sich Greitke, die durch ihren Bruder von seiner Verlegenheit wußte, heimlich an ihn heran und drückte ihm einen Taler in die Hand. Hei, war er da aus dem Häuschen! Er nahm die schwarze Greitke und drehte sie im Walzer, daß ihr Hören und Sehen verging. Von da an wiederholte sich diese eigennützige Opferfreudigkeit öfter, und immer wieder machte sie einen großen Eindruck auf Fritz, der ständig auf dem trocknen saß. Er war und blieb eben ein armer Teufel. Die Abfindung von seiner väterlichen Stelle ließ auch auf sich warten. Sein ältester Bruder, der mit Frau und Kindern nur sein bescheidenes Auskommen hatte, wußte Fritz immer hinzuhalten. Fritz aber brachte es nicht fertig, den Bruder zu drängen. Lieber behalf er sich selber, so gut es ging.

So führte Fritz Kampmann denn seine Greitke heim, nachdem der Schwiegeralte den jungen Leuten eine kleine Stelle mit einem ziemlichen Stück Moorland gegeben hatte. Fritz hatte sich nicht verrechnet. Das junge schmale Weib war bei der Moorarbeit unermüdlich und verstand sie aus dem Grunde. Fritz mußte auf ihr Zureden hin immer noch mehr reifen Torfgrund hinzupachten, denn das Moor war für die Frau das Lebenselement. Im Anfang wollte er ja von der Kolkpaddelei, wie er als Geestbauer verächtlich sagte, nicht viel wissen; aber er war nicht der Mann, der sich von einem Weibe beschämen lassen mochte, und so tat er denn auch bald sein rechtschaffenes Teil. Wenn die Hähne in die taufrische Morgenluft krähten, gingen die beiden Gefährten los. Bei blankem Wetter und im Regendunst standen sie auf ihrem Platze. Mittels Torfsoden hatten sie sich ein Unterlager für die Mittagsrast gemacht. Speck, kaltes Fleisch, Wurst, Butter, Schwarzbrot und dünner Kaffee waren ihre Nahrung. Im Abenddämmern, wenn die weißen Nebel über den Moorgrund zogen, schritten sie mit leerem Ranzen und klapperndem Blechkessel müde ihrem Häuschen wieder zu, wo den Tag über die Altmutter aus dem Nachbarhause für das Vieh gesorgt hatte. Den roten Dierk aus dem Armenhause, der sonst keiner Arbeit nachlief, wußte Fritz mit List und lustigen Worten zu bewegen, daß er mit seiner Trine manchen Tag für billiges Geld bei der Moorarbeit half.

Im Herbst war Erntezeit auf dem Moore. Kein Marsehler Bauer konnte so viele fremde Wagen beladen wie Fritz Kampmann, der Moorkönig, wie neidische Jungen ihn bald nannten. Verachtung sollte der Name ausdrücken, doch lag ein gut Teil Mißgunst, ja Bewunderung darin. Fritzens goldene Zeit aber war der Winter. In den Marschdörfern konnten ihn nach wenigen Jahren alle Großbauern. Wenn er an den trägen winterlichen Tagen, den silberbeschlagenen Gehstock aus seinen tanzfreudigen Jahren in flotter, selbstbewußter Weise bewegend, dort von einem Gehöft nach dem anderen schritt, um das Torfgeld einzukassieren, dann fand er überall offenes Haus. Aus seiner Soldatenzeit hatte er eine gewisse sichere Art, sich zu geben, mitgebracht. Diese Gewandtheit stand seinem natürlichen, frischen Heidherwesen gut an. Bei jedem wußte er das Wort zu finden, das gerade am Platze war, und den schwerblütigen Bauern in der Wesermarsch war er immer mehr ein lieber Gesellschafter geworden. Willkommenstrunk und Vesper kamen Fritz Kampmann nie zur Unzeit, und wenn er mit schwerem Geldbeutel in düsterer Winternacht nach Hause zurückwanderte, dann war er öfters bedenklich schräg. Seine Hausehre schalt ihn dann nicht. Brachte er doch außer seinem Rausch, der bald verflogen war, auch etwas Dauerhaftes mit. Das war das Geld, und das spielte bei ihr die größte Rolle.

In ein richtiges Moorbauernhaus gehört Kinderlärm. Auch Kampmanns Bauer blieb mit seiner Greitke nicht lange allein. Jahr um Jahr hatte Meister Adebar, der Langgeschnäbelte, bei ihnen sein Tun. Eine ganze Kappel war's zuletzt, wie der Bauer oft lustig sagte, und lauter Jungen. Die wuchsen in die Höhe, zäh und biegsam, die junge Hofeichen, unverwüstet und ihres frischen Lebens froh. Blanke Augen und lustigen Sinn hatten sie vom Vater überkommen, und daneben war ihnen die harte, unverdrossene Schaffensart der Mutter eigen. Die Mischung war nicht schlecht. Es war festes, gutes Gewächs. In der Schule hielten sie sich ohne besondere Anstrengung obenan, das Lernen war ihnen ein Spiel. Für sie gab es nur auf dem Moore ernsthafte Arbeit. Das Ringeln* der Soden, das Auftürmen des Torfhaufens war ihr Abc, das übten sie, bis es ihnen mit wachsender Kraft gelang, die quiekende Karre über die langen Eichenbohlen zu lenken. Wenn ein Anfänger das Rad seitab vom sicheren Brett in den weichen Moorgrund geschoben hatte, dann gab's bei den Größeren ein spöttisches Gelächter, und dem Unglücksraben flossen die Tränen über die braunen Backen. Ein schlechter Moorbauer zu heißen, das war einem Kampmann denn doch zu nah. Die sehnlich erstrebte Meisterschaft aber bestand für jeden von den Jungen darin, den Sodenstecher handhaben zu können. Als Hinnerk, der älteste, zum ersten Male die losgestochenen Torfsoden glatt und säuberlich auf den Kulenrand legte, war er mit einem Male um Kopflänge über seine Brüder emporgewachsen, und der Vater konnte dem Glücklichen rühmende Worte zusprechen. Lob aus diesem Munde aber wog schwer, denn der Alte wußte damit zu geizen.

Vater Kampmann aber war mit der Zeit mehr und mehr die Lust am blanken Gelde aufgegangen, und das Gefühl seines eigenen Wertes war in ihm gewachsen. Seine Torfernten brachten mehr ein als die dürftigen Kornfuder der Geestbauern, und noch dazu beschickte er alles mit eigenen Hilfskräften. Wenn den Heidebauern in Unglücksjahren ein Stück Vieh nach dem anderen einging, gab ihnen das gleich einen flüchtigen Schlag, und wenn sie dabei noch schlecht wirtschafteten, ging es mit ihren Höfen schnell bergab. Das schlimmste war noch, daß in den meisten von ihnen eine leichte Ader war. Es verging fast keine Woche, wo nicht die buntbebänderten Festbitter ihren Einladungsspruch in den Stuben beteten, und die Wehrstedter Musikanten hatten immer alle Sonntage in Marsehle besetzt, bald zu Hochzeiten, die nur noch groß gefeiert wurden, bald zu Hausrichtungen. Nun machten auch die Kampmanns alles gewissenhaft mit, denn tanzen taten sie für ihr Leben gern; aber die Jungen hielten bei aller Ausgelassenheit ihre paar Groschen fest, die ihnen der Alte mitgegeben hatte. Der saß dann in der großen Stube die Nacht hindurch beim Solospiel, und was er verzehrte, konnte er gut und gern von dem bezahlen, was er den anderen abgenommen hatte. Denn er hatte die seltene, wohl zu schätzende Gabe, auch nach scharfem Trunk seine Sinne klar zu behalten. Dazu kam, daß er nicht einen Morgen im Bette den Hahn wecken hörte. Er ruhte nicht eher, bis er seine Jungen bei der Arbeit auf dem Moore wußte.

Er selber hatte sich nämlich so bei kleinem von dem sauren Dienst in der Torfkule freigemacht. Er konnte es besser zu Hause haben, seitdem er die Söhne soweit hatte, daß sie ohne seine Anleitung fertig wurden. Er brauchte nur die Augen offen zu haben, dann ging sein Karren schon voran. Greitke aber, obwohl sie sich noch immer nicht von ihrem gewohnten Tagwerk trennen konnte, gönnte Fritzen die verdiente Ruhe. Wußte sie doch, daß er die Jahre hindurch nur so geschanzt hatte, um nicht hinter ihr zurückzustehen, aus Liebe zu ihr also, wie sie es sich auslegte.

Die Moorwirtschaft hatte dem alten Kampmann mit der Zeit soviel eingebracht, daß er in fast allen großen Höfen eine tüchtige Geldsumme stecken hatte. Die Bauern kannten ihn ja weit und breit als den Retter in der Not. Besonders in Köhnemanns Stelle hatte er im Laufe der Jahre ein ansehnliches Kapital gesteckt, und als Köhnemann, der ewige Hasenfuß, der alle Monate andere Pferde vor der Kalesche hatte, verkaufen mußte, war Kampmann erster Bieter und bekam den Meierhof. So saß er nun bei der Buerstelle unter den Großen im Dorf und wußte seine klug abgewogenen Worte dort zur Geltung zu bringen. Kampmanns Mutter aber fühlte sich nicht so recht als Großbäuerin. Nur schweren Herzens hatte sie ihr Moorbauernhaus verlassen. Sie war zu geizig, um winterlags die Kaffeegesellschaften der Bauernfrauen mitzumachen. Dabei war sie gehässig auf alle, die das Geld nicht so wie sie wahrten, und jeder aus dem Dorfe ging ihren spitzen Reden gern aus dem Wege. Ihr Bauer aber hatte sich gegen ihre Stichelei mit einer dicken Haut gewappnet. Er hielt der alten Spinne ihre Schrullen zugute, weil er mit seinem bäuerlichen Gerechtigkeitssinn erkannte, daß er doch im Grunde seinen ganzen Wohlstand ihr verdankte. Das ewige Mühen draußen auf dem Moore hatte ihr Leben freudlos gemacht und sie gegen alle verbittert, die das Leben leichter nahmen als sie. Wenn sie mit ihren Stachelreden einmal irgendwo böses Blut machte, wußte der alte schlaue Moorkönig mit wohlwollenden Worten und biederem Gesichte den Aufgebrachten bald wieder zu besänftigen.

Die Jungen waren mit der Zeit zu tüchtigen, vollsaftigen Kerlen herangewachsen. Hinnerk hatte seine Soldatenjahre in Celle schon hinter sich, wo auch der Alte bei hannoverschen Zeiten gestanden hatte. Jetzt hatte der zweite den bunten Rock an und schrieb den Seinen von Zeit zu Zeit Briefe wie aus dem Paradiese. Die Kampmanns waren eben von Haus nicht viel Gutes gewohnt. Regelmäßige Mahlzeiten hatten sie da nur am Mittag gekannt, und die waren dürftig genug gewesen. Wenn zu anderer Zeit einem der Magen knurrte, ging er vors Schapp, schnitt sich einen Ranken Schwarzbrot ab und aß dazu ein paar Löffel aus dem irdenen Topfe, der den ganzen Tag auf dem eisernen Plattenofen in der Dönze stand. Die aber auf dem Moore wirtschafteten, lebten tagsüber von der kalten Kost, die sie mitgenommen hatten. Sie waren vollauf damit zufrieden, da sie's eben nicht besser kannten. Was Wunder daher, wenn einem Kampmann das Essen in der Kaserne wie Götterspeise mundete und er sich nach den heimatlichen Töpfen nicht zu sehr zurücksehnte! Der militärische Dienst war den gewandten Jungen fast ein Kinderspiel; ihre Ausgabegroschen verdienten sie sich durch Putzen, und so konnten sie fröhlich und aufrichtigen Herzens singen: Soldatenleben, ja das heißt lustig sein!

Kampmanns Mutter wurde infolge der fortgesetzten Anstrengungen und Entbehrungen mit der Zeit recht hinfällig. Ihr langer, hagerer Körper hielt sich nur noch mit Mühe aufrecht. Ihr Leben war nichts als Quälen gewesen, und nie hatte sie sich etwas zugute getan. Sogar in den Jahren, wo sie es sich hätte leisten können, zähmte sie sich keinen besseren Bissen, als sie ihn bisher gewohnt gewesen war. Den Arzt, den der Bauer schließlich ohne ihr Wissen geholt hatte, ließ sie erst nach langem Zureden in die Stube. Auch wies sie den stärkenden Wein zurück. Schon fünf oder sechs Flaschen standen hinterm Kanapee. „In'n Buerhus hört kein Wien herin, man bloß, wenn Hochtid is", sagte sie mit ihrer harten Stimme. „Use Hinnerk mot ja doch balle frien, dat en Frauensminsche int Hus kummt, wenn ick dar nich mehr bün; denn so könnt ji de Butelisen god bruken!" —

Als sie ihren morschen Körper erst dem Bette überließ, war es mit ihr bald vorbei. Eines Tages war sie still aus dem Leben gegangen, das für sie keinen Reiz mehr hatte, seit sie nicht mehr quälen konnte. Bei der Beerdigung hatten die Nachbarfrauen ihre liebe Not, daß sie das Geschirr zur Kaffeetafel zusammenkriegten. Im Trauerhause war nicht viel zu finden. Fritz Kampmann aber tat, als bemerkte er's nicht. Er überließ es den Nahwerschen, wie sie sich behalfen.

Der Tod der Alten griff dem Bauern nicht sehr ans Herz. In jüngeren Jahren hätte ihm der Verlust mehr bedeutet. Jetzt waren Hof und Torfkulen eben im Gange, und die Jungen waren groß. Immerhin hatte er ihrem Schaffen und ihrer geizigen Art zuviel zu verdanken, als daß er nicht doch öfter mit wehmütigen Worten ihres Heimgangs gedacht hätte.

(Schluß folgt.)

* Luftiges Schichten der frischen Torfe zum Trocknen.